:antifaschistische nachrichten Nr. 21

g 3336 20.10.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Verfassungsschutz-Affäre um NPD-Bundesvize Peter Marx

NPD-Spitzenfunktionär soll Kameraden zur Kooperation mit dem Verfassungsschutz gedrängt haben – Marx leitet Schiedsgerichtsverfahren gegen sich selbst ein

von Carsten Hübner

In der NPD tobt ein heftiger Streit um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Peter Marx. Laut Vorwürfen aus den eigenen Reihen soll Marx in seiner Zeit als saarländischer NPD-Landesvorsitzender zwei Parteifunktionäre dazu gedrängt haben, mit dem Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten. Die Hälfte des Spitzellohns in Höhe von 250 Euro hätten die beiden dann an Marx überweisen sollen, was in einem Fall bis heute auch geschehe. Das geht aus einem Schreiben hervor, das der frühere NPD-Ideologe Jürgen Schwab unlängst im Internet veröffentlicht hat. Er beruft sich dabei auf Angaben des Völklinger Stadtrates Otfried Best, der bis vor kurzem der dortigen NPD-Stadtratsfraktion angehörte. Bei den Angeworbenen soll es sich um den ehemaligen stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden Günter Prüm und das saarländische NPD-Landesvorstandsmitglied Otto Becker handeln.

Best zufolge, so Schwab, „habe sich Peter Marx aktiv an Anwerbeversuchen des VS beteiligt“. Das habe Best Parteichef Udo Voigt bereits im Juli in einem Brief mitgeteilt, der allerdings über Monate ohne Antwort geblieben sei. Angeblich, so die Parteizentrale erst kürzlich, ist das Schreiben dort nie angekommen. Marx gilt als Voigt-Intimus und Hoffnungsträger der NPD. In seiner Zeit als Vorsitzender der NPD-Saar erreichte die Partei bei den Landtagswahlen 4 Prozent der Stimmen. Marx ist derzeit Vorsitzender der NPD-Rheinland-Pfalz und Fraktionsgeschäftsführer im Sächsischen Landtag. Er leitete auch den NPD-Bundestagswahlkampf.

Im rechtsextremen Spektrum sorgen die Anschuldigungen derweil für große Aufregung. Der NPD-Ortsverband Wuppertal verlangte deshalb in einem internen Papier eine „umfassende Aufklärung über den Fall Marx“. Es müsse geklärt werden, ob „Marx die Tätigkeit von Geheimdienstagenten in seinem Umfeld geduldet“ und sich an der Geheimdiensttätigkeit anderer bereichert habe. Zudem wurde die Frage aufgeworfen, ob „Marx selbst für den Geheimdienst tätig“ sei.

Gesteigerten Klärungsbedarf meldet auch die militante Kameradschaftsszene an. So habe sich die NPD bisher lediglich in „oberflächlicher und pauschalisierender Weise“ zur Problematik geäußert, heißt es etwa auf den Internet-Seiten des Störtebeker-Netzes. Es falle auf, „dass sie nicht zu einem einzigen Vorwurf Stellung bezieht“ und „die gegenüber Marx und anderen Funktionären erhobenen Vorwürfe nicht einfach für Unterstellung und Lüge erklärt“. Das mache „die Verwirrung noch größer als sie ohnehin schon ist und trägt zum Verdacht bei, dass man hier gerne etwas vertuschen möchte“.

Zusätzliche Brisanz bekommt die Affäre durch Informationen, wonach Marx auch im NPD-Landesverband Rheinland-Pfalz einen Spitzel geduldet haben soll. Quelle ist wiederum Jürgen Schwab, der sich in diesem Fall auf den früheren Landesvorsitzenden Martin Laus beruft. Danach sei die Parteiführung bereits 2001 über einen Polizeispitzel in den eigenen Reihen aufmerksam gemacht worden, habe aber seither nichts unternommen. Nun bekäme sie „eine allerletzte Nachfrist“, dann werde „diese Person und das Umfeld der Mitwisser öffentlich gemacht“. Schwab rief die NPD-Parteibasis zu einem „Aufstand der Anständigen gegen die Parteiführung“ auf, um dem Eindruck entgegenzutreten, bei der Partei handele es sich um eine „Agentur des Verfassungsschutzes“.

Marx selbst hat nach Wochen des Schweigens nun ein Verfahren vor dem saarländischen NPD-Schiedsgericht gegen sich selbst eingeleitet. In einer Stellungnahme forderte er Best auf, „die angeblichen Beweise“ vorzulegen. Zudem erwäge er „außerparteiliche Klagen gegen die verleumderischen Vorwürfe von Best und Co.“ Unterstützt wird er dabei nicht zuletzt vom saarländischen NPD-Vorsitzenden Frank Franz, der „Herrn Best“ als Querulant bezeichnete. Er sei sich sicher, dass „dieser Spuk ein sehr rasches Ende finden wird“.

NPD-Kenner Schwab kann sich jedoch auch einen anderen Ausgang der Affäre vorstellen: „Sollte Best mit seiner Darstellung über Marx recht haben, dann wäre die Geschichte als Anschauungsunterricht zu begreifen, wie ein gesamter Landesverband vom VS korrumpiert wird“. ■

Aufrüstung an Europas Grenzen: Noch mehr Stacheldraht und höhere Grenzpfeiler für die Abschottung der spanischen Exklave Melilla in Marokko
siehe Artikel auf Seite 10

Inhalt:

Die NS-Mörder sind noch unter uns! 4
Japan: Neubewertung des Militarismus? 8

Hauptsache Deutsch ?

DORTMUND/KÖLN. Der sich im Kampf um die Reinerhaltung der deutschen Sprache befindliche „Verein Deutsche Sprache“ (nach eigenen Angaben 24.000 Mitglieder) hat einen Förderpreis für deutsch-sprachige Popmusik ausgeschrieben. Der internationale Musikpreis, der deutschsprachige Popmusik weltweit fördern will, soll gemeinsam mit dem „Deutschen Musikexportbüro“ (Köln) und dem „Deutschen Pop- und Rockmusikerverband“ verliehen werden. Schirmherr des Preises ist der Berliner Sänger Reinhard Mey, der sich schon in der Vergangenheit für eine besondere Förderung deutschsprachiger Musik eingesetzt hatte. Deutsche Künstler seien immer nur langfristig erfolgreich, wenn sie in ihrer Muttersprache singen, meint Björn Akstinat vom „Deutschen Musikexportbüro“ und verweist u.a. auf die sechs Millionen Platten der umstrittenen Band „Rammstein“, die im Ausland verkauft wurden. Akstinat war in der Vergangenheit u.a. für die „Internationale Medienhilfe“ (IMH) tätig, die besonders deutschsprachige Medien im Ausland unterstützt. *hma* ■

Offiziell anerkannt

RUSSLAND/SARATOW. Fünf Mitglieder einer rechten Skinhead-Gruppe wurden in der Wolgastadt Saratow wegen Mordes an einem Kaukasier zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die beiden Hauptangeklagten müssen für jeweils 13 Jahre ins Gefängnis. Dass die Tat aus Rassenhass begangen wurde, werteten die Richter als strafverschärfend. In der Region war dies der erste Prozess gegen Neonazis, in dem der rassistische Hintergrund einer Tat offiziell anerkannt wurde. Bei Wohnungsdurchsuchungen hatte die Polizei bei Mitgliedern der Gruppe antisemitische Plakate, Hakenkreuz-Fahnen und Anleitungen zum Bombenbau sichergestellt. *hma* ■

Rechte WG in Gründung

MILTENBERG. In einer Anzeige in der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey werden MitbewohnerInnen für eine „nationalgesinnte WG“ im Kreis Miltenberg gesucht. Angeboten werden zwei unmöblierte und ein möbliertes Zimmer. Besonders verwiesen wird auf die „große ausbaufähige Scheune!!!“. *hma* ■

Arbeitstagung in Bremen

BREMEN. Die Arbeitsgemeinschaft „Stimme der Mehrheit“ des „Bund der Selbständigen“ in NRW führt am 20. und 21. Oktober im Bremer Atlantic-Hotel eine Arbeitstagung durch. Angekündigt werden u.a. Heinz Klaus Mertes, ehemals stellvertretender Vorsitzender der „Deutschland-Stiftung“ und der Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof. Schultze-Rhonhof, vor einigen Jahren Festredner bei einer Veranstaltung des Kameradschaftsverbandes des ehemaligen 1. SS-Panzer-Korps, hatte in der Vergangenheit mehrfach der „Jungen Freiheit“ Interviews gegeben und kürzlich auch der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey.

hma ■

Bismarckbund e.V. feierte Tag der Deutschen Einheit

HAMBURG. Der Bismarckbund e.V. rief wie jedes Jahr am 3. Oktober „Deutsche aus allen Teilen des Vaterlandes in den Sachsenwald ... um des Gründers des Deutschen Reiches zu gedenken.“ Ca. 150 Personen, darunter Vertriebene, Burschenschafter und Soldaten der Bundeswehr in Uniform waren gekommen. „Seine Durchlaucht“ Ferdinand Fürst von Bismarck, Schirmherr der Vereinigung zwischen Konservatismus und Neofaschismus, hielt zuerst in seinem Schloss eine kleine Ansprache, in der er gegen MigrantInnen und einen möglichen EU-Beitritt der Türkei hetzte und vor den „Neomarxisten“ Lafontaine und Gysi warnte. Er redete Parallelen zur Revolution 1918 herbei – ein Trauma, was man in fürstlichen Kreisen scheinbar immer noch nicht überwunden hat – und schwadronierte munter weiter, dass 60 Jahre nach dem „Untergang“ die Deutschen nun endlich „frei von Schuld“ sein müssten.

Einheitsfeier 2004

Im Bismarck-Mausoleum fand dann zunächst ein Gottesdienst, gehalten durch Pastor i. R. Bruno-Hermann Vahl aus Hamburg, statt. Anschließend sollte eigentlich der Unions-Rechtsaußen Uwe Grewe aus Kiel die Festrede halten. Der Vorsitzende des Bismarckbundes war jedoch erkrankt. Statt dessen sprach nun ein Parteifreund und Pädagoge. Seine „Thesen zur Erneuerung Deutschlands“ enthielten alle typischen Topoi einer klassischen rechts-konservativen Weltanschauung.

Anschließend wurden neue Mitglieder in den Orden aufgenommen und mit ebensolchen ausgezeichnet. Unter ihnen befanden sich mehrere Unionspolitiker, so Dietrich Barske, Stellvertreter der CDU-Fraktion in Storman, Stefan Ehmke, Ratsherr der CDU in Kiel, und der Hamburger Ulrich Winkel, Beisitzer der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der hanseatischen CDU. Aus der gleichen Parteigliederung kommt auch Roger Zörb, der für den Bismarckbund die Ordensverleihung ankündigte.

Für besondere Verdienste wurden dann noch Bundmitglieder mit dem Bismarckorden in Gold ausgezeichnet. So z.B. der Oberst a.D. Manfred Backerra, Leiter der Hamburger Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG), die laut Hamburger Verfassungsschutz über rechtsextreme Kontakte verfügt.

Die erwähnten Unionspolitiker befinden sich auch sonst in illustrer Gesellschaft, letztes Jahr war Albrecht Jebens Empfänger des Ordens in Gold. Jebens ist im Vorstand der Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP), laut Verfassungsschutz die „bedeutendste rechtsextremistische Kulturvereinigung“ und bekannt für Hetze gegen Juden und Verharmlosung des Holocaust.

Die gesamten Feierlichkeiten sowie die anschließende Kranzniederlegung am „Schlachtschiff Bismarck“ wurden wie jedes Jahr durch die uniformierten „Lützower Jäger“ begleitet und musikalisch unterlegt durch die Jagdhorn-Bläsergruppe Büchen.

Der Bismarckbund, zu dessen Mitbegründern der Altnazi Hugo Wellems gehörte, zeichnete in der Vergangenheit auch schon mal militante Neonazis für deren Verdienste aus. Auch ganz aktuell

beweisen die militanten Freien Kameradschaften Interesse am Gedenken an den alten Reichskanzler. In der Titelzeile der Webseite „Holsteiner Widerstand“ ist momentan zu lesen: „Neu am 01.10.‘05 Bismack-Museum und Gruft in Friedrichsruh“ (Fehler im Original) Und Schirmherr Ferdinand ist tief ins Netzwerk der extremen Rechten verstrickt, pflegt z.B. gute Kontakte zum Rechtsextremisten Dietmar Munier.

Der militaristische Mummenschanz des revanchistischen Bismarckbundes, welcher sich noch immer eher in einer adlig-preußischen Ständegesellschaft als im Jahr 2005 wähnt, mag auf Außenstehende reichlich lächerlich und antiquiert wirken. Andererseits ist Friedrichsruh im Sachsenwald ein Ort, wo sich jedes Jahr alte und neue Rechte, Konservative aus der Union und Rechtsextremisten ungestört treffen und austauschen können.

Vielleicht sollte man Seine Durchlaucht und die geladenen Damen und Herren nächstes Mal daran erinnern, dass der Adel schon 1918 endgültig abdanken musste und dass Preußen dank der Alliierten 1945 aufgelöst wurde. *erk* ■

IG Metall und Stadt im Clinch

DORTMUND. Wie die WAZ Dortmund am 1.10.05 berichtet, hängt zwischen der Dortmunder IG Metall und der Stadt der Haussegen mächtig schief: Die Stadt hat die Gewerkschaft wissen lassen, dass für die von der IG Metall gemeinsam mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) erstellte Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ in der Berswordthalle kein Platz sei. Begründung: eine mehrfache. In der Halle sollen a) keine „Veranstaltungen mit politischen Themenstellungen“ stattfinden, weil es b) „negative Erfahrungen in der Vergangenheit“ gegeben habe und man c) keine Veranstaltungen wolle, die „einen erhöhten Sicherheitsbedarf erwarten lassen, z.B. wegen möglicherweise zu erwartender Gegenreaktionen“. So heißt es zumindest in einem offiziellen Schreiben der Städtischen Immobilienwirtschaft – als „Vermieter“ der Halle – an die IG Metall.

Auf Nachfrage der WAZ stellte sich heraus, dass diese Argumentationskette brüchig ist: Denn eigentlich, hieß es bei der Städtischen Immobilienwirtschaft, meine man „parteipolitische Veranstaltungen“ – nun sind weder IG Metall noch VVN/BdA Parteien. Auch wisse man, „dass eigentlich alles politisch ist“ – so wie etwa die Ausstellung zum 60. Jahrestag der Hiroshima-Bombe, die vor kurzem in der Berswordthalle gezeigt wurde. Oder der Info-Tag zu „Hartz IV“ vor einigen Monaten.

Auch die in dem Schreiben angeführten „negativen Erfahrungen“ entpuppen sich auf Nachfrage als nicht gemacht. Bleibt unter dem Strich als Ablehnungsgrund nur die Sorge um: „möglicherweise zu erwartende Gegenreaktionen“.

„Bitte haben Sie Verständnis für diese Entscheidung“, lautet der letzte Satz des städtischen Schreibens – die IG Metall hat aber kein Verständnis. Auf der Funktionärskonferenz am letzten Mittwoch, ließ der 1. Bevollmächtigte Hans Jürgen Meier wissen, habe es „großes Unverständnis“ gegeben. Die Konferenz beschloss eine Resolution, in der gegen die Ablehnung der Ausstellung, die vom 18. bis 28. Oktober in Dortmund gezeigt werden soll(te), protestiert wird. Unterzeichner auch: der Bundesvorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters.

Gestern nun bekam der Oberbürgermeister Post: Die Dortmunder IG Metall hat Dr. Gerhard Langemeyer (SPD und Verdi-Mitglied) aufgefordert, „die ablehnende Haltung zu revidieren und die Ausstellung noch kurzfristig zu ermöglichen“. *Quelle: WAZ, 1.10.05* ■

Treuhand

BERLIN. Unmittelbar nach den Wahlen in Deutschland und Polen sollen Forderungen nach Entschädigung umgesiedelter Deutscher auch vor polnischen Gerichten erhoben werden. Die „Preußische Treuhand“, ein deutsches Unternehmen, das von mehreren großen Verbänden der deutschen „Vertriebenen“ unterstützt wird, kündigt an, eine ungenannte „namhafte Anwaltskanzlei“ werde in Kürze Klagen auf Rückgabe ehemals deutschen Eigentums in Polen vor den dortigen Gerichten vertreten.

Die Organisation, die Entschädigungsklagen hunderter deutscher Umgesiedelter vorbereitet, hatte zuvor bereits mit Sammelklagen in den Vereinigten Staaten und Musterprozessen beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gedroht.

Quelle: Berliner Zeitung 30.9.2005 ■

Gegen Nazipräsenz im Sachsenhäuser Kneipenviertel

FRANKFURT. Zahlreiche Initiativen aus Frankfurt protestieren mit einem offenen Brief an die Wirte im Sachsenhäuser Kneipenviertel gegen die Duldung von gewaltbereiten Neonazis. In dem Brief heißt es, dass seit einigen Monaten, insbesondere an Wochenenden, größere Gruppen von Neonazis aus dem Umfeld der sogenannten Freien Kameradschaften in Kneipen um die kleine Rittergasse in Frankfurt-Sachsenhausen auftauchen. Oft sei es dabei auch schon zu gewalttätigen Übergriffen auf MigrantInnen und Andersdenkende gekommen. So z.B. im April diesen Jahres als eine, u.a. mit Zaunlatten bewaffnete, Gruppe von 15 Rechtsextremen vier Antifaschisten auf offener Straße attackierte und krankenhausreif prügelte. Im offenen Brief wird in diesem Zusammenhang auch die Reaktion der Behörden kritisiert. Stadt und Polizei versuchten diese Übergriffe zu verschweigen und sie, wider besseren Wissens, als „unpolitische Kneipenschlägereien“ abzutun.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören neben lokalen Antifa-Gruppen und der VVN, auch die DGB Jugend, mehrere Vereine, das Antagon Theater, die Anti-Nazi-Koordination, sowie die größte Fanvereinigung des Fußballclubs Eintracht Frankfurt, Ultras 97.

In dem Brief werden die Wirte der betroffenen Kneipen abschließend dazu aufgerufen, Hausverbote gegen die Neonazis zu verhängen und endlich deutlich Stellung gegen Rechtsextremismus zu beziehen.

Die Sprecherin der autonomen antifa [f], Sahra Brechtel, erklärte dazu: „Das Problem sind weniger die Nazis, sondern ein vermeintlich ‚unpolitisches‘ Umfeld, das offenbar keinerlei Probleme damit hat, mit bekennenden und erkennbaren Rassisten und Antisemiten zu ‚feiern‘. Es ist dieses Klima der Ignoranz und Akzeptanz, in dem die Neonazis sich wie zu Hause fühlen können.“

Außer Hausverbote gegen die rechten Schläger zu verhängen, bieten die Unterzeichner des Briefes in nächster Zeit daher weitere Möglichkeiten an, sich gegen Rechts zu engagieren.

Am Samstag, den 22.10. gibt es ab 19 Uhr vom Südbahnhof Frankfurt aus unter dem Motto „Den rechten Konsens durchbrechen – Nazis bekämpfen!“ einen „antifaschistischen Abendspaziergang“.

Pressemitteilung des Bündnisses ■

Neues Bündnis gegen Rechts in Harburg

HAMBURG. Mehrmals in diesem Jahr – zuletzt am 28. September – traten in Harburg Neonazis auf, um zu demonstrieren, Infostände durchzuführen oder Versammlungen zu stören. Dagegen hat sich jetzt auf Initiative des Harburger SPD-Vorsitzenden Frank Richter ein „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ gebildet. Vertreten sind dort Parteien, die VVN-BdA, die evangelische und katholische Kirche, die Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen. Die CDU blieb bisher fern, weil sich das Bündnis nach ihrer Meinung auch gegen „Linksextremismus“ richten müsse.

Das Bündnis will sich nicht nur Neonazi-Aktionen entgegenstellen. Vor allem in Schulen soll mit Filmvorführungen und anderen Veranstaltungen über die neofaschistische Gefahr aufgeklärt und vor ihr gewarnt werden.

Hans-Joachim Meyer ■

Die NS-Mörder sind noch unter uns

SS-Kriegsverbrecher Gerhard Sommer lebt bis heute unbehelligt in Hamburg. Opfer entschädigen – die Täter bestrafen!

Am 12. August 1944 ermordeten 300 Angehörige der 16. Panzergrenadier-Division „Reichsführer SS“ unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung 560 Einwohner des norditalienischen Dorfes Sant'Anna di Stazzema. Unter ihnen überwiegend Frauen, Alte, Kinder. Dieses Massaker an der Zivilbevölkerung steht stellvertretend für 250 Ortschaften, an denen die zu „Ehren“ des Reichsführer SS Heinrich Himmler benannte Division insgesamt über 2000 Zivilisten ermordete und eine Blutspur durch Norditalien zog.

Die in Westeuropa geplanten Massaker an der Zivilbevölkerung unterlagen dabei der gleichen Strategie von Wehrmacht-, SS- und Polizeitruppen wie in dem Vernichtungskrieg, der im Osten vor allem gegen die Sowjetunion geführt wurde. Ortsnamen wie Sant'Anna di Stazzema, Marzabotto, Vallucciole (Italien), Oradour-sur-Glane (Frankreich), Kragujevac (Serbien), Distomo, Kommenco (Griechenland) stehen hier für diese Politik der verbrannten Erde.

Die wenigsten Täter wurden bis zum heutigen Tage zur Rechenschaft gezogen. In Italien wurden 700 italienische Ermittlungsakten während des kalten Krieges im Zuge der antikommunistischen NATO-Politik und mit Rücksichtnahme auf die BRD und ihre von Altnazis durchsetzte Bundeswehr aus dem Verkehr gezogen. Der Schrank mit den Ermittlungsakten, der sich in der Generalstaatsanwaltschaft in Rom befand, wurde einfach umgedreht, so dass sich die Schranktüren nicht mehr öffnen ließen. Über 30 Jahre gingen Bedienstete der Staatsanwaltschaft an diesem „Schrank der Schande“ vorbei. Erst 1994 wurde nachgeschaut, was sich in diesem Schrank befindet.

Dies erklärt den jetzigen Anstieg von Prozessen in Italien, die aufgrund der alten/neu aufgetauchten Ermittlungsakten geführt werden konnten. Erwähnt sei der Prozess des Hamburgers Friedrich Engel, der in Italien 1999 in Abwesenheit wegen 246-fachen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Erich Priebke wurde 1998 zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er an dem Massaker an 335 Menschen, darunter 75 Juden, 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom beteiligt war. Im Juli 2005 wurde der Prozess wegen eines Massakers von Civitella eröffnet, bei dem die Luftwaffen-Division „Hermann Göring“ am 29. Juni 1944 mindestens 245 Menschen ermordete.

Der Prozess zu dem Massaker in Sant'Anna, der im April 2004 eröffnet wurde, fand in Italien eine große öffentliche Anteilnahme, da die juristische Bewertung für die gesellschaftliche Ächtung des Verbrechens von hoher Bedeutung war. Am 22. Juni 2005 wurden die Urteile gesprochen. 10 deutsche SS-Offiziere wurden zu lebenslanger Haft und Entschädigungszahlungen verurteilt, da ihnen die Verantwortung am Massaker von Sant'Anna nachgewiesen werden konnte. Sie wurden schuldig befunden der Beteiligung am fortgesetzten Mord, begangen mit besonderer Grausamkeit. Mit diesem Urteil wurde erstmals anerkannt, dass es sich um keine militärische Aktion oder eine Aktion gegen Partisanen, sondern um ein Massaker an der Zivilbevölkerung handelte, und es wurden die Täter beim Namen genannt.

Kirchplatz von Sant'Anna

Zwei der zehn verurteilten NS-Verbrecher wohnen in Hamburg, es handelt sich um Gerhard Sommer (Hamburg-Volksdorf) und Werner Bruß (Hamburg-Reinbek). Während sich Werner Bruß verantwortlich für das Massaker fühlte und in Italien schriftlich ausgesagt hat, bestreitet der damalige Ranghöchste Gerhard Sommer bis zum heutigen Tage seine Schuld. Dem Fernsehmagazin Kontraste sagte er noch 2002, dass diese Zeit für ihn erledigt sei „Ich habe mir keinerlei Vorwürfe zu machen, ich habe ein absolut reines Gewissen“.

Die deutschen Mörder brauchen keine Angst zu haben, dass das Urteil vollstreckt wird, denn Deutschland liefert in der Regel Kriegsverbrecher nicht aus. Eine Verurteilung in Deutschland scheint zudem nicht gewollt, denn die deutsche Justiz will keine Anklage erheben.

Ein Ankläger ohne Anklage

Obwohl Deutschland bekannt war, dass bezüglich des Massakers von Sant'Anna in Italien seit 1995 ermittelt wurde, wurden die Ermittlungen hier erst 7 Jahre später, nämlich 2002, begonnen, und erst in diesem Jahr wurde ein Ermittlungsteam gebildet. Der Stuttgarter Staatsanwaltschaft liegen alle Fakten und Beweismittel vor, da sie im Zuge der europäischen Übereinkunft bei Strafverfahren mit den italienischen Ermittlern zusammengearbeitet hat. Argumentierte die Staatsanwaltschaft noch vor dem Urteil, sie wolle den Prozess abwarten, um dann schneller verhandeln zu können, erklärt sie jetzt, dass die Fakten irrelevant seien, da es sich in Italien um Militärgerichtsbarkeit handelte. Außerdem begründet sie die Nichtanklage damit, dass die Mordmerkmale (wie Mordlust, Heimtücke, niedrige Beweggründe und Grausamkeit) nicht erkennbar wären oder dem Einzelnen nicht nachweisbar seien. Zudem wurden die Mordmerkmale durch das Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) im Fall des NS-Verbrechers Engel deutlich heraufgesetzt.

Der Engel-Prozess – warum es für Mord lebenslang Freiheit gibt

Der in Hamburg lebende SS-Offizier Friedrich Engel wurde im Jahr 1999 vom Militärgericht La Spezia wegen 246-fachen Mordes zu einer lebenslangen Haft-

strafe verurteilt. Durch diese Entscheidung genötigt, verurteilte das Hamburger Landgericht den ehemaligen SS-Chef von Genua für eines dieser Verbrechen, nämlich die Erschießung von 59 Geiseln am Turchino-Pass bei Genua, zu nur sieben Jahren Haft. Das Urteil des Landgerichts wurde vom Bundesgerichtshof am 17. Juni 2004 in der Revision aufgehoben, eine Wiederaufnahme ausgeschlossen. Wie das Hamburger Gericht urteilten auch die Bundesrichter, dass die Geiselerschießung eine rechtmäßige Repressalie als Antwort auf einen Anschlag auf ein Soldatenkino gewesen sei. Die Geiselerschießungen seien nicht im juristischen Sinne als Mord anzusehen. Es sei „nur“ Totschlag gewesen, da die Tatausführung entgegen dem Hamburger Urteil nicht als grausam zu bewerten sei. Totschlag ist nach deutschem Recht jedoch bereits verjährt. Bei einer Anklage wegen Mordes aus weitergehenden Gründen – wie Rache, Mordlust etc. – hätten die Nazis die Tat bereits verfolgen können, so dass auch dieser Straftatbestand verjährt sei. Wegen des hohen Alters des ehemaligen SS-Offiziers und dieser möglichen Verjährung sei das Verfahren nicht mehr durchzuführen, da der NS-Täter Engel sonst zum Opfer der Justiz werden könne.

Der Staatsanwaltschaft wird es diesmal schwer fallen, Anklage zu erheben mit einer Begründung, die vor dem BGH nicht standhält. In Sant'Anna wurden Frauen und Kinder ermordet und mit Benzin übergossen. Der Tatbestand der niedrigen Beweggründe ist somit gegeben. Auch der Mangel an konkreter Tatbeteiligung einzelner Verdächtiger ist durch belastende Aussagen – und durch das Urteil von La Spezia – widerlegt. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass es gewolltes Ziel ist, die Ermittlungen weiter zu verschleppen und zu verzögern, bis die Täter gestorben sind.

Gerhard Sommer

Dies würde auch das jetzige Verhalten der Staatsanwaltschaft erklären. Der Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die vom Verein der Opfer von Sant'Anna beauftragt wurde, im Namen des Vorsitzenden Enrico Pieri Nebenklage zu erheben, wurde die beantragte – und erst zugesicherte – Akteneinsicht verweigert. Mittlerweile wird ihr sogar die beschränkte Akteneinsicht verweigert, die den Beschuldigten bereits gewährt wurde, mit der Begründung, dass die Herausgabe der Akten zum Nachteil für die Beschuldigten wäre.

Es scheint klar, dass nur politischer Druck zu einer Anklageerhebung führen wird.

Gerhard Sommer lebt seit Anfang des Jahres aufgrund der Pflegebedürftigkeit seiner Frau in der Seniorenwohnanlage CURA in Hamburg-Volksdorf, Lerchenberg 4. In diesem Altendomizil wohnen auch Überlebende des Nationalsozialismus, die sich aber aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit nicht mehr wehren können. Sommer selber ist rüstig, rhetorisch geschickt und bestreitet bis heute, Unrecht begangen zu haben. Erst durch die Presse erfuhren die Bewohner und Angestellten der Seniorenresidenz die Wahrheit über Sommers verbrecherische Vergangenheit. Die sich daraus ergebenen Diskussionen führten dazu, dass er an Gemeinschaftsveranstaltungen nicht mehr teilnehmen darf.

Am 12. August 2005, am Jahrestag des Massakers von Sant'Anna, wurden dann erstmalig Flugblätter in der Seniorenanlage sowie am Bahnhof verteilt und die Nachbarschaft darüber informiert, dass ein Mörder unter ihnen lebt und dass es zu einer Anklageerhebung kommen muss. Bis zum heutigen Tag lehnt die CURA-Leitung jedoch einen Auszug Sommers ab und hält an seiner Unschuld fest, solange das italienische Urteil formell noch nicht rechtskräftig ist.

Weitere Aktionen werden notwendig sein, um eine Verurteilung Gerhard Sommers zu erreichen. Mittlerweile haben sich verschiedene Antifa-Gruppen vernetzt und planen für den November eine Kundgebung vor Ort. *bw* ■

weitere Informationen unter www. partigiani.de, Terminankündigungen demnächst unter www.antifainfo.de
Kontaktaufnahme: ak-distomo@zeromail.org

Solidaritätsaufruf

Vor dem Oberlandesgericht in Naumburg findet derzeit ein Revisionsprozess gegen den Magdeburger Antifaschisten Daniel W. statt. Ihm wird vorgeworfen, gemeinsam mit anderen Mitgliedern des „Autonomen Zusammenschlusses Magdeburg“, Brandanschläge unter anderem auf das Landeskriminalamt (LKA) Sachsen-Anhalt und ein Einsatzfahrzeug der Bundespolizei verübt zu haben.

Bereits im Jahr 2003 war die Bundesanwaltschaft mit ihrem Konstrukt der „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ nach §129a gescheitert. Der 1. Senat des Oberlandesgerichts Naumburg musste Carsten S., den damaligen Mitangeklagten von Daniel W., freisprechen. Ein weiterer Angeklagter, Marco H., wurde in einem Revisionsverfahren zu zweieinhalb Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Beide Antifaschisten sitzen jedoch bereits seit mehreren Monaten in Beugehaft, da sie sich weigern, im jetzigen Prozess gegen Daniel W. auszusagen. Zudem wurden insgesamt 14 Freunde, Freundinnen und Verwandte des Angeklagten mit Beugehaft bedroht, sollten sie ihr Recht auf Aussageverweigerung wahrnehmen.

Schon die Ermittlungen des Bundeskriminalamtes (BKA) hatten mit demokratischer Rechtsstaatlichkeit rein gar nichts zu tun. So erpressten die ermittelnden Beamten die Aussage eines Antifaschisten, indem sie ihm drohten, ihn in Fesseln seinem schwer herzkranken Großvater vorzuführen und diesem von seiner Homosexualität zu berichten.

In dem derzeit stattfindenden Revisionsprozess gegen Daniel W. wirken zudem zwei Richter mit, die auch schon in den früheren Prozessen tätig waren. Dies ist für uns nicht hinnehmbar. Die linke Rechtshilfe- und Solidaritätsorganisation Rote Hilfe weist darauf hin, dass in diesem Prozess „selbst Mindeststandards von Rechtsstaatlichkeit nicht eingehalten werden“. Hier sollen antifaschistische Jugendliche kriminalisiert und mit hohen Haftstrafen belegt werden, deren angebliche „terroristische Taten“ sich einzig auf leichte Sachbeschädigung beschränken. Aufgrund des bisherigen Verlaufs des Revisionsprozesses fordern wir

- die Einhaltung der verfahrensrechtlichen Mindeststandards
- die Zulassung neutraler Gutachter und Beobachter
- die Unterbindung der staatsanwaltschaftlichen Beeinflussung von Zeugen
- die Abschaffung der Beugehaft

und nicht zuletzt natürlich die Freiheit von Marco H., Carsten S. und Daniel W.!

Wer den Aufruf utnerstützen will, wende sich an:
bundesvorstand@rotehilfe.de
www.soligruppe.de ■

Anfrage von Stadträtin Wolf (Linkspartei.PDS) an OB Christian Ude: Neonazi-Aufmarsch am 9.11. angemeldet?

MÜNCHEN. „… letztes Jahr hatten Münchner Neonazis versucht, am 9. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, eine Kundgebung auf dem Marienplatz durchzuführen – parallel zur städtischen Gedenkveranstaltung im Alten Rathaus. Damals wurde in den Medien auch über die Absicht der Neonazis berichtet, künftig jährlich am 9. November Präsenz zu zeigen und damit die Opfer der Reichspogromnacht und der darauf folgenden Vernichtung der Juden noch nachträglich symbolhaft zu demütigen.

Ich frage Sie deshalb:

1. Wurde für den 9. November 2005 am Marienplatz bereits eine neonazistische Veranstaltung angemeldet?
2. Falls ja, handelt es sich bei dem/der Anmelder/in um den vorbestraften Norman Bordin oder jemandem aus seinem Umfeld?
3. Hat das Kreisverwaltungsreferat die Absicht, eine ggf. für den 9. November angemeldete neonazistische Veranstaltung zu genehmigen? Falls ja, mit welchen Auflagen?
4. Gibt es anhand der neuen Rechtslage Möglichkeiten, den Aufmarsch der Neonazis zu unterbinden?

Schließlich jährt sich am 9. November nicht nur die Reichspogromnacht, die im Alten Rathaus ihren Anfang nahm, sondern auch der Marsch auf die Feldherrnhalle 1923. Damals war die Machtergreifung Hitlers noch gescheitert.

Durch die Anknüpfung an diese Vorgeschichte bedrohen die heutigen Neonazis unausgesprochen nicht nur die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die demokratische Gesellschaftsentwicklung als Ganzes."

eMail: info@pds-muenchen-stadtrat.de
Homepage: http://www.pds-muenchen-stadtrat.de ■

Keine Kriminalisierung antifaschistischer Proteste!

Ende März haben Antifaschisten in Düren gegen die Kandidatur der neofaschistischen NPD zum Landtag NRW protestiert. Solche Proteste hat es auch in anderen Städten der Region, z.B in Stolberg und Aachen gegeben, da neben der NPD auch die Reps auf Stimmenfang gingen. Die Behauptung einiger Wahlhelfer der Reps, Unterstützung für die härtere Bestrafung von Kindermördern zu sammeln, führte zu Strafanzeigen gegen die rechten Stimmenfänger und wegen der Häufung solcher Lügen zu Anfragen beim Landeswahlleiter.

Die NPD hatte in der Stadt Düren versucht, Unterstützerunterschriften für die Beteiligung an den Landtagswahlen zu sammeln und so eine scheinlegale Basis für ihre rassistische Hetze zu erhalten. Für uns steht fest: Es ist richtig, gegen die Beteiligung der NPD an Wahlen zu protestieren. Es ist richtig, sich der rassistischen Propaganda dieser Partei entgegenzustellen. Die NPD vertritt faschistische Auffassungen, die verboten sind. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Die Existenz und das Wirken dieser Partei stehen im Widerspruch zu Artikel 139 Grundgesetz. Danach gelten die Freiheiten des Grundgesetzes für alle Parteien, außer für die Nachfolger der NSDAP und ihrer Untergruppen.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbotsverfahren gegen die NPD eingestellt, weil die Praxis der Bundes- und Landesregierungen fragwürdig ist, Spitzel in den Reihen der Neonazis zu bezahlen und dann deren Aussagen zum Gegenstand eines Verbotsverfahrens zu machen. Gerichte, Regierungen und die Mehrheit der demokratischen Parteien sind sich darin einig, dass die NPD eine antisemitische, rassistische und zu verbietende Partei ist. Dem Anspruch führender Politiker aus den demokratischen Parteien, Zivilcourage und demokratisches Rückgrat zu zeigen, entsprechen gerade die beiden jetzt Angeklagten, die den Mut hatten, nicht nur über Freiheit zu reden, sondern auch für die Freiheit zu handeln.

Zwei der beteiligten Antifaschisten werden stattdessen von der Aachener Staatsanwaltschaft angeklagt, die Nazis in Wort und Tat behindert und beleidigt zu haben. Die Anklage beruft sich allein auf die Darstellung der angeblich beleidigten Neonazis. Einer der beiden „Belastungszeugen" wurde im September 2004 vom Amtsgericht Aachen wegen uneidlicher Falschaussage verurteilt. Die Staatsanwaltschaft Aachen übernimmt ungeprüft Behauptungen, die Neonazis seien dadurch beleidigt worden, dass die Antifaschisten deren „Vergasung" gefordert hätten. So einen kompletten Unsinn zu glauben, setzt einen entsprechenden politischen Willen voraus.

Die Aachener Staatsanwaltschaft hat sich bisher als auf dem rechten Auge blind erwiesen. Ihr bisher einziges Interesse gilt der Verfolgung von Linken in Stadt und Kreis. Dabei macht sie sich immer wieder zum Anwalt der organisierten Neonazis, sammelt für diese Adressen von AntifaschistInnen, zeigt ihnen Fotos von AntifaschistInnen und späht linke Arbeitszusammenhänge aus. Über zwei Jahre zieht sich ein Prozess gegen einen anderen Antifaschisten aus Aachen hin, dem vorgeworfen wurde, Leiter einer Busfahrt zu Neonazis der Region gewesen zu sein. Nach mehreren Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmungen von Computern und etlichen Verhandlungen musste die Staatsanwaltschaft selbst Freispruch beantragen, der auch erfolgte. Kurz danach legte die gleiche Staatsanwaltschaft Berufung gegen den von ihr selbst beantragten Freispruch ein. In der gleichen Sache war zuvor ein Antifaschist aus Eschweiler mit Hausdurchsuchungen und Vernehmungen traktiert worden, auch sein Computer wurde beschlagnahmt, nur um am Ende festzustellen, dass der Betreffende gar nicht an der Fahrt teilgenommen hatte.

Wohlgemerkt sind das die gleichen Staatsanwälte, die der Öffentlichkeit immer aufs Neue erklären, sie seien überbelastet. Wenn es aber gegen Linke geht, gibt es für die Aachener Staatsanwaltschaft keine Grenzen der Belastbarkeit. Der Aachener Staatsanwaltschaft fehlt jedes Gespür für die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die Justizministerin des Landes NRW hat als erste Amtshandlung der neuen Regierung die Berichtspflicht der Staatsanwaltschaften an die Ministerin abgeschafft. Der ersten Erleichterung über eine „Entbürokratisierung" folgt langsam die Ernüchterung, dass Staatsanwaltschaften wie die in Aachen zum Staat im Staate werden, die dringend der gesetzlich vorgeschriebenen Kontrolle des Landtags bedürfen, damit sie im Kampf gegen Rechts zum Teil der Lösung werden und nicht zum Teil des Problems.

Die beiden Dürener Antifaschisten brauchen und verdienen unsere Solidarität. Wir rufen alle, die Zeit haben auf, am Montag, 10.10.2005 um 9.20 Uhr ins Amtsgericht Düren (Raum 230), August-Klotz-Str. 14 in Düren zu kommen. Eine mögliche Strafe werden wir gemeinsam tragen und rufen schon jetzt zu Spenden auf, um die nötigen Anwaltskosten finanzieren zu können:

VVN-BdA, Kt. 1026900100 bei der SEB Aachen 39010111 Kennwort „Soli- Düren"

VVN-BdA
Kreisvereinigung Aachen ■

Freispruch für Dürener Antifaschisten

Der Prozess, der am Montag 10.10. vorm Dürener Amtsgericht stattfand, endete mit einem Freispruch für die Antifaschisten. Wie die Dürener Zeitung berichtet, sagte René Laube, stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD als Zeuge aus. Er habe die „Nazis raus"-Rufe als Beleidigung empfunden, so Laube. „Ich nehme es nicht hin, als Nazi beschimpft zu werden. Ich hatte keine Funktion im Dritten Reich". Laube musste aber einräumen, ein T-Shirt mit der Aufschrift „Combat 18" getragen zu haben. Das stehe für „Kampfgruppe Adolf Hitler". *nach Dürener Zeitung, 10.10.05*

Der Zorn der Bürger von Köln-Merkenich

Oder: Nur ein ferner Flüchtling ist ein guter Flüchtling

Es brodelte im überfüllten Pfarrsaal von St. Brictius im kleinen Rheindorf Köln-Merkenich. Am Mittwoch, dem 28. September hatten die Bezirksfraktionen von CDU, SPD und Grünen mit Bezirksvorsteher Hans-Heinrich Lierenfeld an der Spitze die Bürger und Bürgerinnen von Merkenich zu einem Informationsabend über ein schon lange schwelendes Thema gebeten: das Flüchtlingsheim in der Causemannstraße des Ortes, von dem aus, wenn man den Ausführungen einer großen Zahl der Anwesenden folgen wollte, eine nimmer endende Welle der Kriminalität das Dorf überschwemmt und die Sicherheit der Einwohner auf Dauer bedroht.

Auf dem Podium des Pfarrsaals hatten sich Fachleute der Stadt, unter ihnen Sozialdezernentin Marlies Bredehorst, der Leiter der Polizeiinspektion Nordwest Robert Freund, Bezirksjugendamtsleiter Rolf Kremers und Michael Schleicher, Leiter der Wohnungsversorgungsbetriebe eingefunden, um mit Lierenfeld als Moderator den Versuch zu machen, die explosive Stimmung im Saal durch sachliche Informationen über die Situation der Flüchtlinge in Köln im allgemeinen und im Heim Causemannstraße im besonderen zu entschärfen. Dass dies gerade an diesem Abend stattfand, hatte einen erkennbaren Grund: für den darauffolgenden Donnerstag hatten die rechtsextremen Rattenfänger von Pro Köln die Merkenicher in eine örtliche Kneipe gebeten, um ihnen darzustellen, wie man mit allen „gesetzlichen“ Mitteln (so Pro Köln-Fraktionsgeschäftsführer Rouhs) das Flüchtlingsheim beseitigen werde.

Aber einem Großteil der Anwesenden, darunter vor allem eine Gruppe von schwarzen T-Shirtträgern mit weißem Aufdruck „Das Heim muß weg“ war nicht nach Sachlichkeit und Diskussion zumute. Und so ging dann ein Großteil der Ausführungen auf dem Podium, etwa zur Reduzierung der Heimbewohnerzahl, zur Entfernung von vier kriminell auffälligen Familien und der eher höheren Zahl von strafbaren Handlungen in vergleichbaren Gemeinden im Bezirk im allgemeinen Tumult unter. Was nicht heißt, dass alle Protestierer im Saal mit Pro Köln identifiziert werden wollten, wie es eine T-Shirtträgerin klarmachte und in einem am Wochenende (8./9.Oktober) in Merkenich verteilten Flugblatt noch einmal deutlich unterstrichen wurde.

Ebenso deutlich wurde in der Veranstaltung Polizeichef Freund, der beredt darüber Klage führte, dass viele der an diesem Abend, auch von Kindern und Jugendlichen vorgetragenen Übergriffe vom Fahrraddiebstahl bis zur sexuellen Belästigung zu keinem Zeitpunkt zur Anzeige gebracht worden waren. Wobei im Übrigen der Eindruck entstand, dass über die angezeigten Straftaten hinaus manche an diesem Abend von den Anwesenden gemachten Vorwürfe variiert und wiederholt wurden und so vieles dem nichtbefangenen Betrachter als äußerst unkonkret erscheinen musste.

Als Folge der unbestreitbaren Vorfälle kündigte Freund aber an, dass in Merkenich ab sofort verstärkt Streife gefahren wird, um weitere mögliche Übergriffe zu erschweren. Frau Bredehorst erläuterte im übrigen, dass ein Schulprojekt für Kinder des Heims in der Causemannstraße dazu beigetragen habe, die Situation zu verbessern, wies aber auch darauf hin, dass angesichts von 3500 Flüchtlingen in Köln eine völlige Schließung des Heims zur Zeit nicht möglich sei.

Genau das aber wollten viele der lautstarken Zuhörer im Pfarrsaal nicht hören. Und so bekam Manfred Rouhs von Pro Köln seine Chance, für die Veranstaltung seiner Fraktion in einer Kneipe in Merkenich am folgenden Donnerstagabend zu werben.

Diese fand dann auch unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen der Polizei statt. Ihrer Präsenz ist wohl zu verdanken, dass sich die Merkenicher Hardliner unter den schwarzen T-Shirts (ca. 10-20 Prozent der Bürger, die am Vorabend dabei waren) aufs Zuhören beschränkten und nicht etwa noch einen Zug zum Übergangsheim in der Causemannstraße unternahmen.

Zurück bleibt ein schaler Geschmack. Denn die von Pro Köln so vehement unterstützte Forderung „Das Heim muß weg“ ist nicht zurückgenommen – und damit auch nicht der unausgesprochene Wunsch vieler, die ausländischen Flüchtlinge möglichst vollständig zu entfernen. Wohin? – wen kümmert es.

Und so bleibt viel zu tun. Nicht nur Überzeugungsarbeit bei den Bürgern von Merkenich, sondern eben auch die große Aufgabe, human zu handeln. Wenn sich dies zum Beispiel in dezentraler Unterbringung umsetzen lässt, dann können Heime wie das in der Merkenicher Causemannstraße tatsächlich verschwinden.

Übrigens – seit dem Weggang der vier auffälligen Familien aus dem Heim tendiert die von dort ausgehende Kriminalität gegen Null.

Dieter Wernig, Mitglied in der Bezirksvertretung Chorweiler für DIE LINKE.PDS ■

Bürgerbewegung pro Köln e.V.

30. September 2005:

Jetzt wird es konkret:

Merkenicher wollen ihren Protest auf die Straße tragen

Mehr als 150 Merkenicher Bürger diskutierten gestern zusammen mit Vertretern von pro Köln über die verschiedenen Möglichkeiten, auf politischem Wege die Schließung des „Übergangsheimes“ Causemannstraße durchzusetzen. Dabei wurde klar, daß der politische Druck auf die Kölner Stadtspitze noch weiter erhöht werden muß.

Etwa 20 linke Demonstranten protesten den schnellen Rückzug, als die T-Shirt-Träger kamen.

Der Versammlungssaal war voll besetzt. Viele Merkenicher wollen, daß jetzt endlich Hügel mit Köpfen

Internetseite von Pro Köln
rechtsextremen Gruppe in Köln

Japan: Neubewertung des Militarismus?

Während in Europa der Krieg am 8. Mai 1945 beendet war und die Menschen auf eine friedliche Zukunft hofften, tobte der Krieg im Südpazifik noch drei lange Monate weiter, am 6. bzw. 9. August 1945 wurden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, am 15. August folgte die offizielle Kapitulation Japans. Alljährlich am 15. August findet am Yasukuni-Schrein ein Totengedenken statt, zu dem Hunderttausende kommen. Dagegen gab es in diesem Jahr Protestaktionen, die mit der Festnahme von 4 Aktivisten endeten.

Der Yasukuni-Schrein wurde 1869 errichtet, nachdem der Meiji-Tenno in einem blutigen Bürgerkrieg den modernen japanischen Staat durchgesetzt hatte. Seither finden dort die Seelen aller für Japan gefallenen Soldaten ihre letzte Ruhestätte. Entgegen der europäischen Aufffassung werden die Toten nicht im diesem Schrein beerdigt. Der Yasukuni-Schrein enthält vielmehr eine Liste, ein „Seelenregister“ der Gefallenen, die hier verehrt werden. 2,5 Millionen Kriegstote sind in dieses Seelenregister eingetragen. Diese Männer starben in Kriegen, die von Japan begonnen und außerhalb Japans ausgetragen wurden. In Feldzügen gegen China und Russland, bei der Besetzung Koreas und Taiwans, 1931 beim Einmarsch in China und mehr als 2 Millionen im 2. Weltkrieg.

Links: Der Yasukuni-Schrein in Tokio

Mitte: Ein Teilnehmer des Workshops zum Artikel

Dem Yasukuni-Schrein angeschlossen ist das Yushu-kann-Museum. Dieses Museum ist auf private, erzkonservative Initiative hin entstanden und gibt nicht die offizielle staatliche Meinung wieder. Nach einer erst kürzlich erfolgten Renovierung und Erweiterung zeigt dies Museum in 20 Sälen die Kriege des modernen Japan ab 1866 und stellt diese Kriege in Zusammenhang zur Unabhängigkeit asiatischer Nationen, indem es behauptet, dass diese ihre Unabhängigkeit den Kriegen Japans gegen Amerikaner und Europäern verdankten. Aggressionskriege werden für die konservativen Eliten hier leicht zu Verteidigungskriegen gegen amerikanische und europäische Interessen im Südpazifik.

Für die konservativen Eliten in Japan gehörten auch die 14 Kriegsverbrecher, die 1945 als höchstbelastet, „Klasse A“, eingestuft und vom internationalen Militärtribunal in Tokio zum Tode verteilt und gehenkt wurden, zu den im Krieg Gefallenen. Unter ihnen befand sich zum Beispiel General Matsui, dessen Truppen im Winter 1937 in der chinesischen Stadt Nanking ein Massaker verübten, bei dem 300 000 Menschen getötet wurden. 1978 wurden diese Kriegsverbrecher ohne Wissen der Menschen in Japan oder ohne Zustimmung des Parlaments in das „Seelenregister“ des Yasukin-Schreins aufgenommen.

Zum ersten Mal besuchte 1986 ein Ministerpräsident den Yasukuni-Schrein. Dies rief den scharfen Protest der Nachbarstaaten, insbesondere Chinas und Koreas hervor. 53% der Japaner lehnen die Besuche und diese Art von Geschichtsbewältigung ab und fortschrittliche Kräfte in Japan fordern angesichts der Verbrechen, die von Japan im Zweiten Weltkrieg begangen wurden, einen kritischen Umgang mit der eigenen Geschichte. Sie fordern eine Abkehr vom Militarismus und kritisieren auch, dass neben den 14 in den Kriegsverbrecherprozessen zum Tode verurteilten Offiziere auch Angehörige der berüchtigten Einheit 731, die im Krieg in der Mandschurei Experimente mit biologischen Waffen an Kriegsgefangenen und chinesischen Zivilisten durchführte, dort verehrt werden.

Premier Jochiro. Koizumi hat seit seinem Amtsantritt 2000 den Schrein jedes Jahr besucht, jedoch niemals am 15. August. Auch in diesem Jahr erschien er nicht, schickte aber drei andere hochrangige Politiker.

Die LDP-Regierung arbeitet außerdem verstärkt an einem Stimmungswandel, um die Zustimmung der japanischen Bevölkerung für eine Verfassungsänderung zu erhalten. Die Konservativen üben inzwischen Druck auf die Schulen aus, die Jugend zum Nationalstolz zu erziehen. In Tokio beispielsweise wurden Schulen angewiesen, bei Schulabschlussfeiern die Staatsflagge zu hissen und die traditionelle „Kimigayo-Hymne“ zu singen, in der verfassungswidrig die herausragende ewige Rolle des Kaisers gepriesen wird.

Als Lehre aus dem 2. Weltkrieg legt die Japanische Verfassung als einzige Verfassung weltweit den „Verzicht auf Krieg“ fest. Sie trat am 3. Mai 1947 in Kraft und wurde von den Menschen mit großer Mehrheit angenommen. Im Artikel 9 heißt es: „Im aufrichtigen Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das Ziel des vorhergehenden Satzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des

Staates zur Kriegführung wird nicht anerkannt. „

Doch schon seit Beginn des Kalten Krieges unterhält Japan ein Heer von 250.000 Mann. Die Verpflichtung zum Frieden wurde dadurch umgangen, dass man die neue Armee als „Selbstverteidigungskräfte“ bezeichnete, die durch ein „Amt für Verteidigungsfragen“ befehligt werden. Mit dem Einsatz rd. 700 sogenannter Aufbauhelfer im Irak hat sich der Gegensatz zwischen Verfassung und Wirklichkeit weiter verschärft. Premier Jochiro Koizumi möchte jetzt eine Verfassungsänderung durchsetzen. Für diese Verfassungsänderung ist aber nicht nur

l 9

Rechts: Die Konferenz gegen A- und H-Bomben

eine Zweidrittelmehrheit beider Häuser des Parlaments erforderlich, sondern auch die Zustimmung der Mehrheit des Volkes in einem Referendum. Seit den Neuwahlen am 11. September hat Premier Koizumi im Parlament die erforderliche Mehrheit. Bisher spricht sich jedoch rd. 50 % der japanischen Bevölkerung gegen eine solche Verfassungsänderung aus. Und es entwickelt sich Widerstand gegen die geplante Änderung.

Zum Schutz des Artikels 9 gründeten sich überall im Land Initiativen. Eine der bedeutendsten ist die Artikel-Neun-Vereinigung, die im Frühjahr 2004 von neun bekannten Schriftstellern, darunter dem Nobelpreisträger Kenzaburo Oe, ins Leben gerufen wurde. Zusammen mit Gensuikyo und anderen Gruppen mobilisierte die Vereinigung am letzten Julisamstag 10 000 Demonstranten zur Verteidigung der Friedensverfassung nach Tokio.

Während eines zweitägigen Workshops auf der Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben in Hiroshima und Nagasaki, die von Gensuikyo, einem Dachverband der japanischen Atombombenopfer, organisiert wurde, und an der 9 000 Friedenaktivisten aus ganz Japan teilnahmen, berichteten viele Teilnehmer über ihre Aktivitäten. In den Betrieben haben sich gewerkschaftliche Gruppen zum Schutz des Artikels zusammengefunden. Berufsverbände, wie z.B. der Ärzte- oder Journalistenverband, Studenten- und Jugendgruppen, Frauenorganisationen und Stadtteilgruppen organisieren Aktivitäten und Aktionen für Erhaltung des Artikels 9. Dabei sei Aufklärungsarbeit ganz besonders wichtig, betonten viele Teilnehmer, die von ihrer Arbeit berichteten. Eine Frauengruppe verteilte 20.000 Flugblätter. In Tokio hat eine Stadtteilgruppe 3000 Einladungen an Parlamentarier und Personen des öffentlichen Lebens versandt. Im vergangenen September hatte diese Gruppe 104 Mitglieder im Dezember waren es schon 230. Andere Gruppen machen Informationenstände und laden Bürger zu Informationsvorträgen ein.

Zwar stimmten nur 28% der Bevölkerung dem Militäreinsatz im Irak zu, berichtete ein Teilnehmer, die Zustimmung bei jungen Menschen sei aber höher. Inzwischen hielten 50% der jungen Leute eine Verfassungsänderung für richtig. Dies Ergebnis verwundere nicht, denn um im Referendum das erforderliche Votum zu erhalten, habe gerade unter jungen Menschen eine massive Propaganda für die Änderung des Artikel 9 eingesetzt. Die meisten jungen Menschen wollen in einer friedlichen Welt leben, deshalb sei es besonders wichtig die Voraussetzungen für eine friedliche Welt darzustellen und die Menschen aufzuklären.

Insgesamt stellten 48 Gruppen und Einzelpersonen in diesem Workshop ihre vielfältigen Aktivitäten vor.

Japan erlebt in diesen Tagen insgesamt eine populistische Neubewertung des japanischen Militarismus. Umso bedeutender sind die vielfältigen und beeindruckenden Aktivitäten der japanischen Friedens- und Bürgerbewegung gegen dieses Vorhaben. Umso wertvoller sind auch alle Bemühungen um eine andere Sicht auf die Geschichte.

In Nagasaki besuchten wir das Peace-Museum. Dieses Museum ist auf private Initiative hin entstanden und will an den Japanischen Aggressionskrieg und die Opfer dieses Krieges erinnern. Es zeigt das Schicksal der koreanischen und chinesischen Zwangsarbeiter, die zu Hunderttausenden zur Zwangsarbeit nach Japan verschleppt wurden und das Schicksal der sog. Trostfrauen, junge Frauen und Mädchen aus Korea und Japan, die während des Krieges zur Prostitution in japanischen Militärbordellen gezwungen wurden. Die Museumsmacher in Nagasaki fordern seit langem eine Wiedergutmachung für die Opfer. Auch in Osaka gibt es ein Peace-Museum, das sich mit dem japanischen Aggressionskrieg auseinandersetzt und das Anliegen hat, ein anderes Geschichtsbild zu vermitteln. Auf drei Etagen setzt sich dieses Museum mit den Kriegen gegen China und Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der Besetzung Koreas und Taiwans, dem Einmarsch nach China und der Aggression im Südpazifik aus-einander.

Hanne Toelke, VVN-BdA ■

Recht auf Zuflucht!

Das Sterben an den Grenzen Europas muss enden

In der Nacht vom 28. auf den 29. September kamen fünf Menschen, darunter ein Säugling, zu Tode, als mehr als 500 Flüchtlinge in einem einzigen Ansturm versuchten, den an dieser Stelle 3 Meter hohen Grenzzaun, der die spanische Kolonie Ceuta von Marokko trennt, mit selbst gezimmerten Holzleitern zu überwinden. Über 100 Flüchtlinge wurden z.T. schwer verletzt.

Weil sich Spanien und Marokko die Verantwortung für die Toten gegenseitig zuschieben, wird die Todesursache vielleicht niemals amtlich festgestellt; aus Krankenhäusern gibt es Meldungen, dass sie an tiefen Schnittwunden und infolge schwerer Verletzungen durch Gummigeschosse, wie sie die spanische Guardia Civil verwendet, starben. Offiziell soll es 140 bis 150 Flüchtlingen gelungen sein, Ceuta und damit spanisches Territorium zu erreichen. Angehörige von Unterstützergruppen, die von Flüchtlingen per Handy erreicht und die ganze Nacht bis in den Morgen hinein laufend informiert wurden und die ihrerseits das Rote Kreuz und Journalisten mobilisierten, wurden indirekt Zeugen, wie noch in derselben Nacht eine unbekannte Zahl von Flüchtlingen, die es nach Ceuta geschafft hatten, illegalerweise zurück nach Marokko abgeschoben wurden.

Es war das erste Mal, dass sich ein solch massenhafter Grenzübertritt bei Ceuta ereignete. Eine solche Strategie der Grenzüberwindung hatte es bisher nur in der anderen spanischen Exklave, Melilla, gegeben. Auch hier kamen dabei in den letzten Wochen drei Menschen zu Tode. Am frühen Morgen des 3. Oktober versuchten erneut rund 700 Menschen, ganz überwiegend Schwarzafrikaner, ihr Glück. Rund 300 von ihnen überwanden den Grenzzaun bei Melilla an einer Stelle, an der er 6 Meter hoch ist.

Am Wochenende fanden wahrscheinlich 17 Afrikaner vor den kanarischen Inseln den Tod, als ein mit 34 Flüchtlingen beladenes Boot vor Fuerteventura kenterte.

Die Flüchtlinge, die den Weg nach Europa über Ceuta und Melilla, über das Mittelmeer oder über den Atlantik und die Kanaren suchen, sind oft Monate, sogar Jahre unterwegs. Das St. Gallener Tagblatt (1.10.) berichtet unter Berufung auf den marokkanischen Ministerpräsidenten, dass Marokko allein in diesem Jahr mehr als 23.000 Flüchtlinge abgefangen, festgenommen und nach Algerien deportiert habe. Von dort aus suchen die meisten erneut den Weg nach Europa, manchmal wieder und wieder. Viele warten Wochen, Monate illegal in marokkanischen Grenzstädten oder in den Wäldern vor den Grenzanlagen darauf, dass sich eine Gelegenheit zur Flucht ergibt, eine Zeit, in der sie stets in Gefahr sind, festgenommen, ihrer wenigen Habseligkeiten beraubt und misshandelt zu werden. Fast alle verschulden sich und ihre Familien, in der Hoffnung, in Europa Arbeit zu finden, von der sie sich und die Zurückgebliebenen ernähren können.

Die europäische Flüchtlingspolitik verwandelt das Mittelmeer in ein Massengrab

Die Tragödie von Ceuta wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die verzweifelten, Tod und Verderben in Kauf nehmenden Versuche großer Menschenmengen, Zuflucht in Europa zu finden. Sie beleuchtet zugleich ein unsägliches Grenzregime[1], mit dem die EU-Staaten die Flüchtlinge aufzuhalten versuchen und mit dem sie tatsächlich nur ihr Risiko erhöhen, zugrunde zu gehen. Auch jetzt reagierte Spanien vor allem durch die Entsendung Hunderter zusätzlicher Soldaten, die, ausgerüstet mit schusssicheren Westen und Maschinenpistolen, die Grenzanlagen bewachen. Auch Marokko verstärkte die militärische Bewachung des Zauns.

Die Verschärfung der Grenzüberwachung setzte in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein und dann vor allem in den letzten Jahren. Seit 2002 hat Spanien an der gesamten Südküste das Meerüberwachungssystem SIVE errichtet, mit denen das Meer bis zu der marokkanischen Küste überwacht werden kann. Wird ein Flüchtlingsboot gesichtet, soll es innerhalb von 20 Minuten per Hubschrauber oder Schnellboot aufgebracht werden können. SIVE soll jetzt auch von Griechenland installiert werden, und auch Marokko soll erste Experimente mit der Installation gemacht haben. Die Militärpräsenz ist im ganzen Mittelmeergebiet hoch, vor allem in der nur 14 km breiten, 50 km langen Meerenge von Gibraltar. Seit 2003 patrouilliert im Rahmen von „Enduring Freedom“ hier die Nato mit zusätzlichen Schnellbooten (auch der Bundeswehr). 2003 führten verschiedene EU-Staaten gemeinsame Patrouillen durch, in deren Verlauf sie 11 Flüchtlingsschiffe aufbrachten; zur gleichen Zeit begann die italienische Regierung mit dem regulären Einsatz von Marineeinheiten zur Flüchtlingsabwehr. In einem ebenfalls 2003 verabschiedeten Programm zur „Bekämpfung der illegalen Einwanderung“ entwickelte die EU das

Konzept der „virtuellen Seegrenze“; dahinter verbirgt sich das Bemühen, die Grenzüberwachung auf die gegenüberliegenden Küsten vorzuverlagern.

Überhaupt kann man seither gezielte Bestrebungen feststellen, die nordafrikanischen Länder, allen voran Libyen, Marokko und Tunesien, zu Stützpunkten der EU-Abschottungspolitik auszubauen bzw. sie als solche zu missbrauchen. Mit dem „Haager Programm“, Ende 2004 verabschiedet, hat sich die EU einen Fünfjahresplan gegeben, mit dem die Transitstaaten gänzlich in die Flüchtlings- und Migrationspolitik eingebunden, ein „integriertes Grenzschutzsystem“ errichtet, eine EU-Grenzschutzagentur gegründet und so genannte „protection areas“ außerhalb der EU für Flüchtlinge, die nicht nach Europa gelangen sollen, eingerichtet werden sollen. In diesem Sinne ist das „Haager Programm“ Bestandteil der „Nachbarschaftsstrategie“ mit ihren beiden Seiten, der Anbindung von benachbarten Staaten an die EU und der Option ihrer militärischen und polizeilichen Kontrolle.

Im letzten Jahr wurde bekannt, dass Italien auf der Grundlage von Geheimabkommen in großem Stil begonnen hat, Flüchtlinge, die als Boat People in Lampedusa gelandet waren, nach Libyen abzuschieben. Zuvor schon hatte die Regierung mehrere neue Großlager in Süditalien errichtet, die wie auf Lampedusa von den paramilitärischen Carabinieri bewacht werden und zu denen sogar der UNHCR nur unter großen Schwierigkeiten Zugang hat. Im Oktober 2004 schob Italien 1000 Flüchtlinge aus Lampedusa nach Libyen ab, und das, obwohl Libyen nicht die Genfer Konvention unterschrieben hat und

Flüchtlingen elementarste Rechte vorenthält. Wochen später wurde durch Berichte von Flüchtlingen aus Niger und Ghana öffentlich, dass viele der Abgeschobenen in der Sahara ausgesetzt wurden, eine unbekannte Zahl kam dabei um. Ebenfalls im Herbst 2004 wurde bekannt, dass Italien Zelte und Decken nach Libyen liefert und zwei neue Abschiebelager im Süden Libyens errichten lässt; ein Lager im Norden war zuvor schon mit italienischen Geldern errichtet worden. Im Dezember besuchte eine EU-Kommission libysche Abschiebelager und berichtete von katastrophalen Zuständen, Überfüllung, unzureichender Ernährung, mangelnder Gesundheitsversorgung, vollständiger Rechtlosigkeit der Inhaftierten und willkürlicher Abschiebung.

Auch in Spanien wird wie in Italien der Großteil der Bootsflüchtlinge unmittelbar vor oder nach ihrer Landung festgenommen. Auf den kanarischen Inseln hat man in den letzten Jahren vier große Abschiebelager errichtet, die ebenfalls paramilitärisch bewacht werden und zu denen nationale oder internationale humanitäre Organisationen praktisch kaum Zugang haben. Über die dort herrschenden Haftbedingungen gibt ein Bericht von amnesty international über das Lager El Matorral auf Fuerteventura Aufschluss.

Ceuta und Melilla[2] sind regelrechte – koloniale – Vorposten der Abschottung der EU. Parallel zum Beitritt Spaniens zu Schengen und zur Einführung der Visapflicht für alle Magrheb-Staaten 1990 begann der Bau der Grenzzäune mit ihren messerscharfen Dornenkronen und High-Tech-Überwachungsanlagen. Nicht nur Spanien, auch die EU lässt sich dieses Regime viel kosten. Im Rahmen des so genannten Meda-Programms für die „Euromediterrane Zusammenarbeit“[3] stehen für die „Sicherung der Grenze“ zwischen Spanien und Marokko 40 Mio. Euro bereit, die bisher nur zum Teil abgefordert wurden. Jetzt soll als wichtigste Konsequenz aus der Tragödie von Ceuta neben der militärischen Verstärkung der Zaun auf 6 Meter hochgezogen werden.

In beiden Exklaven sind – inzwischen völlig überfüllte – Auffanglager errichtet worden. Die Flüchtlinge verbringen hier oft viele Monate. Um die Exklaven herum, auf marokkanischem Territorium, liegt ein Ring von Lagern, nicht nur staatlichen, auch solchen, die die Flüchtlinge selbst errichtet haben. Aber immer häufiger führt die marokkanische Polizei hier Razzien durch, die nicht nur zu Verhaftungen führen, sondern auch dazu, dass die lokale Bevölkerung an die Flüchtlinge nicht mehr Wasser und Lebensmittel verteilen oder verkaufen kann. Wie in der Nacht, in der fünf Flüchtlinge getötet wurden, werden Flüchtlinge, die im Grenzbereich auf spanischer Seite festgenommen werden, regelmäßig illegal und unter Missachtung ihrer Rechte nach Marokko zurückgeschoben. Die EU-Kommission verhandelt derzeit mit Marokko über ein Abkommen zur Rückübernahme illegaler Einwanderer und will noch vor Jahresende abschließen. (Standard, 30.9.05)

Die Migration ist eine Tatsache und muss legalisiert werden

Die Aufrüstung an den Grenzen bringt den Migrationsstrom aus Afrika und aus anderen Regionen der Welt nicht zum Erliegen. Aber mit dieser seit der ersten Hälfte der 90er Jahre betriebenen Aufrüstung beginnt das große Sterben im Mittelmeer. Wie viele Menschen auf den Fluchtwegen von Afrika über die Meere nach Europa in den letzten Jahren den Tod fanden, wird man nie genau wissen. Helmut Dietrich befasst sich in dem zitierten Aufsatz ausführlich mit den verschiedenen Schätzungen und kommt allein für die Meerenge von Gibraltar für den Zeitraum 1991 bis 2004 zu dem Schluss: „Summiert man die Schätzungen für die verschiedenen Zeitspannen, kommt man auf 12.–14.000 Tote. Ohne Zweifel handelt es sich bei der Meerenge von Gibraltar um das größte Massengrab Nachkriegseuropas.“ Pro Asyl schätzt, dass allein im letzten Jahr im Mittelmeer insgesamt ca. 5.000 Flüchtlinge ertrunken sind. Jede weitere Aufrüstung an den Grenzen drängt die Flüchtlinge auf noch gefährlichere Fluchtwege ab, zwingt sie zu noch verwegeneren Fluchtmitteln, verstärkt die Verzweifelung, die die Flüchtlinge alle Gefahren in Kauf nehmen lässt.

Die schwarzafrikanischen Flüchtlinge kommen meist aus Ländern, deren wirtschaftliche Entwicklung nach der Entkolonialisierung gescheitert ist, aus Staaten, die zerfallen sind und wo es weder infrastrukturelle Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung wie Straßen, Wasser- und Stromversorgung noch Bildung noch Gesundheitsdienste noch Sicherheit oder ein Rechtssystem gibt. Sie fliehen vor Regimes, die durch Terror herrschen und durch ausländische Mächte gestützt werden. Sie fliehen aus Regionen, in denen, zum Teil jahrzehntelang, Bürgerkriege toben, Bürgerkriege, die ohne Finanzierung von außen, ohne Belieferung mit Waffen aus Europa und den USA wohl längst versiegt wären. Bürgerkriege, deren Ursachen bis in die Zeit der europäischen Kolonialherrschaft zurückreichen, in die die alten Kolonialherren oder die USA und inzwischen auch die EU immer wieder militärisch intervenieren und in denen Interessen ausländischer Konzerne eine wesentliche Rolle spielen; sei es im Kongo (Diamanten, Kupfer, Kobalt, Gold, seltene Erden, Edelhölzer, Tantal), in Sierra Leone (Diamanten), dem Sudan (Öl) oder anderen von Bürgerkriegen heimgesuchten afrikanischen Ländern.

Doch gerade für die Staatsangehörigen aus den Krisen- und Bürgerkriegsregionen, etwa aus dem Kongo, aus Sierra Leone oder dem Sudan, hat die EU die Einreiserestriktionen so verschärft, dass eine legale Einreise für die allermeisten Menschen praktisch nicht möglich ist. Aber Europa, das so maßgeblich beteiligt ist an der Zerstörung der Lebensbedingungen in Afrika, kann sich vor den Folgen des eigenen Handelns nicht abschotten. Es ist erwiesen, dass Menschen ihr Heimatdorf, ihre Stadt, ihr Herkunftsland nur ungern verlassen, wenn sie nicht durch Krieg, Terror, Elend und Hoffnungslosigkeit gezwungen werden. Aber wenn ihre Lage aussichtslos ist, suchen sie ihr Überleben anderswo.

Die EU-Kommission hat als Antwort auf die Tragödie in Ceuta eine Änderung der Einwanderungspolitik gefordert und dafür plädiert, einen rechtlichen Rahmen für legale Einwanderung zu schaffen. Die EU müsse, so EU-Justizkommissar Frattini, „legale Zuwanderungskanäle“ stärken. (Die Presse, 29.9.) Bei aller gebotenen Skepsis liegt darin das Eingeständnis, dass die „illegale“ Immigration durch noch so hochgerüstete Grenzregimes nicht gestoppt werden kann, nicht durch vorverlagerte Abschottung und nicht durch Militärinterventionen.

In einer interdependenten Welt muss das Recht auf Flucht, auf Zuflucht erstritten werden. Das ist auch im Kampf gegen den Raubbau an den Reichtümern Afrikas, gegen die blutigen Ausbeutungsmethoden europäischer und anderer Konzerne, gegen die imperialistische Interventionspolitik zunehmend auch der EU unverzichtbar.

scc ■

1 Eine ausführliche Darstellung gibt Helmut Dietrich, Das Mittelmeer als neuer Raum der Abschreckung, Flüchtlinge und MigrantInnen an der südlichen EU-Außengrenze. http://www.ffm-berlin.de/mittelmeer.html Die folgenden Ausführungen stützen sich auf diesen umfangreichen Bericht der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) in Berlin zur Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen an der südlichen EU-Außengrenze.

2 Spanien eroberte 1496 Melilla im Zuge der Reconquista, der Vertreibung der Mauren von der spanischen Halbinsel. Schon vorher, 1445, hatte Portugal Ceuta genommen; Spanien übernahm Ceuta 1580 mit der Annexion Portugals und behielt es auch, nachdem Portugal 1640 die Unabhängigkeit zurückeroberte. Beide Exklaven sind heute spanische Militärstützpunkte. Marokko verlangt ihre Rückgabe.

3 Das 1996 eingerichtete Meda-Programm umfasst drei „Körbe“, die „Schaffung eines Raumes des Friedens und der Stabilität, gestützt auf die fundamentalen Grundsätze der Achtung der Menschenrechte und der Demokratie“, die „Schaffung eines Raumes gemeinsamen Wohlstands durch die schrittweise Errichtung einer Freihandelszone zwischen der EU und den Mittelmeerpartnern sowie zwischen diesen Partnern selbst“ und die „Entwicklung der Humanressourcen, die Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Völker in der Europa-Mittelmeer-Region und den Aufbau freier und aktiver Zivilgesellschaften“.

„Solidarität mit Flüchtlingen – Bleiberecht jetzt“

Kundgebung zum Tag des Flüchtlings am 30.09.2005 in Hannover

Hannover. Unter obigem Motto hatte der Niedersächsische Flüchtlingsrat zur Kundgebung aufgerufen. Ca. 300 Menschen haben die Kundgebung unterstützt, dies waren mehr als im letzten Jahr. Unter den Kundgebungsteilnehmerinnen/-teilnehmern waren viele Roma, vor allem Jugendliche und Kinder, die gegen die zunehmenden Abschiebungen aus Niedersachsen protestiert haben.

Die Forderungen des Niedersächsischen Flüchtlingsrates wurden auf der Kundgebung durch Redebeiträge vom DGB Region Niedersachsen Mitte, amnesty international, dem Afghanischen Frauennetz, der Romaorganisation Romane Aglonipe und von durch Abschiebung bedrohte Menschen unterstützt.

Aus der Presseerklärung des Flüchtlingsrates:

„Es gibt keinen Weg zurück ... Flüchtlingsrat fordert Bleiberecht statt Abschiebung für Altfälle. Trotz Zuwanderungsgesetzes Kettenduldungen für bundesweit über 200.000 Geduldete.
Als ‚Qualitätssprung in der Integrationsförderung’ feierte Bundesinnenminister Schily kürzlich die Erfahrungen aus den ersten neuen Monaten seit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes. Aus flüchtlingspolitischer Sicht stellt sich die Situation jedoch ganz anders dar: Die Anerkennungszahlen für Flüchtlinge stagnieren auf niedrigstem Niveau. Trotz anhaltender Kämpfe im Irak werden massenhaft Asylwiderrufsverfahren gegen irakische Flüchtlinge eingeleitet. Selbst in Krisengebiete wie das Kosovo oder Afghanistan werden Abschiebungen durchgeführt. Auch die Praxis der Kettenduldungen wird – trotz anderslautender politischer Versprechen – weiterhin fortgesetzt. Nach wie vor befinden sich bundesweit mehr als 200.000 Flüchtlinge in der unhaltbaren Situation, dass ihr Aufenthalt nicht erlaubt, aber ‚geduldet‘ wird.

... Unter dem Titel „Solidarität mit Flüchtlingen – Bleiberecht jetzt!“ fordert der Flüchtlingsrat ein Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge und einen generellen Abschiebestopp in Krisengebiete.

Die Kundgebung knüpft an die Bleiberechtskampagne an, mit der Flüchtlingsräte, Wohlfahrtsverbände und pro Asyl seit Jahren die Abschaffung sogenannter Kettenduldungen und ein Bleiberecht für die betroffenen Flüchtlinge fordern. Die beteiligten Organisationen kritisieren den unhaltbaren Zustand, dass Menschen, die hier seit etlichen Jahren leben, immer nur für einige Monate oder gar Wochen eine Duldung erhalten und somit kaum eine Chance haben, sich hier eine Zukunft aufzubauen. Über Jahre leben diese Menschen ständig mit der Angst vor einer drohenden Abschiebung. In der Bundesrepublik hatten am 31. Dezember 2004 knapp 203.000 Personen nur eine Duldung statt eines sicheren Aufenthaltstatus, in Niedersachsen waren dies zu jenem Zeitpunkt 25.800 Menschen.

‚Besonders hart ist die Situation für Kinder und Jugendliche, die in Deutschland seit frühester Kindheit leben oder gar hier geboren wurden. Es werden z. B. Jugendliche, gerade 18 Jahre alt geworden, in krisengeschüttelte Länder wie Kongo oder in das Kosovo abgeschoben, wo sie keinerlei soziale Anbindung haben und deren Sprache sie oftmals nicht sprechen. Diese Menschen müssen endlich ein Aufenthaltsrecht bekommen‘, fordert Anke Egblomassé vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat.

Als unmenschlich und verantwortungslos kritisiert der Flüchtlingsrat darüber hinaus die von den Innenministern beschlossene schrittweise Abschiebung von Minderheiten aus dem Kosovo sowie von Flüchtlingen aus Afghanistan. Für diese Flüchtlingsgruppen müssten grundsätzliche Abschiebestopps erlassen werden. Die Menschenrechte würden in diesen Ländern weiter verletzt, und auch ökonomisch hätten abgeschobene Flüchtlinge kaum eine Chance auf eine Zukunft.“ *bee* ■

Medizinische Kriegsvorbereitungen

Das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) rechnet mit einer drastischen Zunahme von Kriegsverletzungen durch deutsche Militäreinsätze deutscher Soldaten und verstärkt die Kooperation zwischen Bundeswehrkrankenhäusern und zivilen Kliniken. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Landkreis Ammerland und der Ammerland-Klinik GmbH wurde kürzlich in Westerstede (Niedersachsen) unterzeichnet.

Erklärtes Ziel ist die notfallmedizinische und traumatologisch-operative Versorgung der bei Kampfhandlungen verwundeten Bundeswehrangehörigen, die Ausbildung des militärischen Sanitätspersonals und dessen Vorbereitung auf Auslandseinsätze. Die Fähigkeit der Bundeswehr zur Führung von Kriegen wird damit weiter verbessert, die Heimatfront verstärkt.

Ab 2008 soll das zur Zeit noch in Bad Zwischenahn untergebrachte Bundeswehrkrankenhaus auf das Gelände der Ammerland-Klinik in Westerstede umziehen und mit der zivilen Institution einen „Wirkverbund" bilden. Geplant ist der Austausch von Patienten und Personal sowie die gemeinsame Führung der zentralen Aufnahme- und Intensivstation; die (nicht-militärische) Unfallrettung von Zivilverletzten im Bezirk Westerwede wird die Bundeswehr sogar in Eigenregie übernehmen. Auf diese Weise wird en passant auch der von deutschen Politikern seit langem geforderte Einsatz des Militärs im Innern Realität. Die laut BMVg „bundesweit erste und einzigartige zivil-militärische Krankenhaus-Kooperation" wurde Anfang September im Beisein von Verteidigungsminister Peter Struck feierlich besiegelt. Mehr als hundert Gäste aus Politik, Verwaltung, Ärzteschaft und Militär nahmen auf Einladung des Landkreises Ammerland und der Bundeswehr an dem Zeremoniell in Westerstede teil. Wie Struck bei dieser Gelegenheit ausführte, mache erst eine „hochwertige medizinische Versorgung" die „ausgezeichneten Leistungen unserer Soldatinnen und Soldaten in den Einsatzgebieten" möglich. Der Inspekteur des Sanitätsdienstes, Admiraloberstabsarzt Dr. Karsten Ocker, verwies auf die jetzt optimierten „ausgezeichnete(n) Möglichkeit(en)" – das militärische Sanitätspersonal werde man „in den einsatzrelevanten medizinischen Fächern gezielt ausbilden und auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr vorbereiten"[1].

Liebesheirat

Insbesondere die Unfallchirurgie hat es der Bundeswehr angetan. Auf die Militärärzte kämen „neue Herausforderungen" zu, da bei aktuellen und künftigen Kriegseinsätzen verstärkt „mit Schwerverletzten zu rechnen" sei, erklärte Dr. Georg Helff, Chefarzt des Bundeswehrkrankenhauses Bad Zwischenahn. Die entsprechende Ausbildung könne jetzt durch die zivile Zusammenarbeit „dramatisch" verbessert werden. Als kriegsrelevant stuft Helff zudem die Rettung ziviler Unfallopfer ein; auch diese sei „Ausbildung für den Einsatz". Umgekehrt erhofft sich die Ammerland-Klinik von der Zusammenarbeit mit der Bundeswehr einen Zuwachs an medizinischer Kompetenz. Bei der jetzt getroffenen Vereinbarung handele es sich deshalb nicht um eine „Zweckehe", sondern um eine „Liebesheirat", sagte Dr. Michael Wuttke, Ärztlicher Direktor des Westersteder Krankenhauses.[2]

Kein Einzelfall

Die aktuelle Kooperation ist kein Einzelfall. Bereits während des Angriffs auf die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 schlossen das BMVg und die Deutsche Krankenhaus-Gesellschaft einen „Rahmenvertrag" über die Verwendung klinischen Personals „zum beiderseitigen Vorteil" und über die „gemeinsame Nutzung von Material und Gerät". Der Übereinkunft sollten „Partnerschaftsverträge" mit zahlreichen zivilen Kliniken folgen. Dies stieß auf den organisierten Widerstand der dort Beschäftigten. Brennpunkt der damaligen Auseinandersetzungen war das Städtische Klinikum Karlsruhe (Baden-Württemberg), dessen Betriebsrat dem BMVg vorwarf, die Angestellten „zur Personalreserve der Bundeswehr (zu) degradieren", da diese „im Bedarfsfall an Bundeswehrkrankenhäuser abgeordnet" werden sollten.[3] Davon ist zur Zeit zwar nicht mehr die Rede, eine „zivil-militärische Kooperation" kam dennoch zustande. Wie der Betriebsratsvorsitzende Willi Vollmer auf Nachfrage von german-foreign-policy.com bestätigt, können sich Bundeswehrangehörige in Karlsruhe zu „Operations-Technischen-Assistenten" ausbilden lassen, Militärärzte können Weiterbildungsangebote wahrnehmen. Im Gegenzug sei es für Klinik-Beschäftigte, die sich für Kriegsverletzungen interessieren, möglich, an Spezialschulungen der Bundeswehr teilzunehmen. Von diesem Angebot habe allerdings bisher noch niemand Gebrauch gemacht, räumt Vollmer ein.

Die sukzessive Eingliederung ziviler Krankenhäuser in die militärische Logistik trägt maßgeblich zur Verbesserung der Kriegsführungsfähigkeit der Bundeswehr bei. Bei den primär betriebswirtschaftlich orientierten Klinikleitungen, die an Kosteneinsparungen und der Nutzung vermeintlicher Synergieeffekte interessiert sind, stößt die Kooperation zunehmend auf Zuspruch. Wie die Entwicklung in Karlsruhe zeigt, ist eine schleichende Militarisierung des stationären Gesundheitswesens auch dort zu beobachten, wo sich ein weit gehender „Wirkverbund" à la Westerstede nicht realisieren lässt.

www.german-foreign-policy.com ■

[1] Klinikverbund in Westerstede geschaffen – bundesweit die erste zivil-militärische Kooperation dieser Art; www.bundeswehr.de
[2] „Liebesheirat" unter Krankenhäusern; www.bundeswehr.de
[3] Krankenhaus im Kriegszustand; Junge Welt 16.12.1999

Kundgebung vor dem Spanischen Konsulat

Hannover. Am Samstag, den 15. Oktober 2005 beteiligten sich – trotz des kurzfristigen Aufrufs – über 100 Menschen vor dem spanischen Generalkonsulat in Hannover gegen die Abschiebungen der nach Ceuta und Melilla geflohenen Flüchtlinge. Aufgerufen hatten Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Flüchtlingshilfe Wolfsburg, Menschen für Menschen - Solidarität und Bleiberecht Hildesheim, Ökumenische Ausländerarbeit Bremen, Netzwerk Flüchtlingshilfe & Menschenrechte Hannover, AK Asyl Göttingen, Antirassismusplenum Göttingen, Kooperative Flüchtlings-Solidarität Hannover, Freundeskreis Tambacounda e.V., Kargah e.V., Dritte Welt Forum in Hannover e.V". Die Kundgebung war Teil der europaweiten Protestaktionen, die in vielen Städten der Bundesrepublik und in Europa. u.a. in Brüssel, Malaga, Madrid durchgeführt wurden. Der Regionsvorsitzende der DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Sebastian Wertmüller, sagte in seiner Rede, dass durch die Handlungsweise der spanischen Regierung die Geschichte der Abschiebung Gesichter bekommt. Er führte aus, dass die Festung Europa eine gemeinsame Verabredung der europäischen Länder ist und die BRD zu der Festung beigetragen hat und in der Bundesrepublik inzwischen nur noch 1 % der Flüchtlinge Asyl erhält. Er führte aus, dass unter der rot-grünen Regierung die Grenzen dichter gemacht wurden als je zuvor und dass nicht davon auszugehen ist, dass positive Änderungen unter einer rot-schwarzen Regierung zu erwarten sind. Er rief dazu auf, den Widerstand gegen diese Politik nicht aufzugeben und gemeinsam gegen die mörderische Abschiebungspolitik zu kämpfen und das Thema Zuwanderung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. In dem Aufruf zu der Kundgebung wurde gefordert: Wir fordern die spanische Regierung auf, die Abschiebungen unverzüglich einzustellen und den Flüchtlingen ein Bleiberecht zu gewähren! Die Abschottung Europas muss gestoppt werden!

bee ■

Neues von der Vergleicherei

Von „entfernte(r) Verwandtschaft“ spricht Wolfgang Schivelbusch bezüglich von Nationalsozialismus, Faschismus und US-amerikanischem New Deal. Deutlicher noch ist der Titel der US-Ausgabe „Three Types of Leadership in the Great Crisis“. Derartige Vergleiche stoßen bei Linken auf nachvollziehbares Interesse, waren und sind die USA doch eine imperialistische Weltmacht, deren Handeln durch alles andere als das Ringen um Weltfrieden und allgemeine Wohlfahrt motiviert ist. Auf der anderen Seite ist aber eine gewisse Skepsis angebracht, laufen solche Analysen doch häufig auf eine geharnischte Kritik an den USA hinaus und „vergessen“ dabei gar zu gern das Wirken des deutschen Imperialismus zu erwähnen. Durchaus unterschiedlich fallen denn auch die Rezeptionen entsprechender Abhandlungen aus. (Vgl. z.B. die Rezensionen zu Jacques Pauwels, Der Mythos vom guten Krieg. Die USA und der 2. Weltkrieg in den Antifaschistischen Nachrichten 2/02 und 13/02.)

Das Buch von Schivelbusch hat zahlreiche Schwächen. Zunächst einmal bleibt es weitgehend auf der ökonomischen Ebene stecken. Der Autor weist über lange Passagen nach, dass die zeitgenössische Publizistik vor Weltkrieg und Holocaust Franklin D. Roosevelts New Deal mit dem faschistischen Korporatismus gleichgesetzt hat, weil es sich um staatliche Eingriffe in die Wirtschaft handelte. Deutlich wird, dass diese Publizisten keinen näherungsweisen Begriff vom Faschismus hatten und ihn wahllos verwandten. Hier hätte die Analyse Schivelbuschs ansetzen müssen, hier wären die damaligen oberflächlichen Behauptungen mit Empirie und theoretischen Grundlagen des faschistischen Staatswesens zu konfrontieren gewesen. Das passiert jedoch nicht.

Ausführlicher behandelt der Autor lediglich ein einziges Thema, nämlich die für die drei Staaten je zentralen Modernisierungsmaßnahmen, die von ihrer Propaganda in den Mittelpunkt gestellt wurden. Im Falle Italiens handelt es sich um die Erschließung des Agro Pontino, eines Sumpfgebietes in der Nähe Roms, bei den USA um die Elektrifizierung und Industrialisierung entlang des Tennessee Rivers sowie im deutschen Fall um die Reichsautobahnen, die „die Wunschphantasien der Motorisierung“ verkörperten und „ein Nationalmonument neuen Typs“ wurden.

Schivelbuschs Interesse an einer Denunziation der seinerzeitigen US-Politik überlagert seine wissenschaftliche Analyse, obwohl er gleich zu Beginn darauf hinweist, „daß Vergleich nicht Gleichsetzung“ bedeute. Es trifft sicherlich zu, dass die US-Administration unter Roosevelt ihre Pläne autoritär durchgesetzt hat. Es handelte sich schließlich um einen kapitalistischen Staat. Von Faschismus ist das aber noch weit entfernt. Schivelbusch versucht, aus Oberflächenphänomenen ein Gesellschaftssystem zu erklären. Was sollen denn Analogien zwischen USA und Deutschland/Italien auf dünner Grundlage (z.B. charismatische Führung und starke Stellung des Staatsoberhauptes oder die Kriegsmetaphorik beim Wirtschaftsaufbau) beweisen? Mit dieser Methode lässt sich eben nicht zum Wesen des jeweiligen Gesellschaftssystems vordringen. Übrigens wird die ähnlich strukturierte Totalitarismustheorie am Rande auch vertreten, z.B. wenn vom „russischen National-Sozialismus“ die Rede ist.

Antisemitismus und Rassismus – Kernideologeme des NS-Faschismus – spielen keine Rolle. Wichtige Autoren zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, wie z.B. Avraham Barkai, finden sich nicht unter der verwendeten Literatur. Mit Götz Aly wird behauptet, dass deutscher und italienischer Faschismus „auch einen sozial-egalitären Aspekt“ in sich geborgen hätten. In den Gesamtzusammenhang gestellt sind dies keine Mängel im Detail, sondern Ausdruck der oberflächlichen Herangehensweise des Autors. Eine wissenschaftliche Untersuchung liegt hier nicht vor. Mit einigem guten Willen könnte allenfalls von einem fragmentarischen Essay gesprochen werden.

Komparatistik ist eine unerlässliche Methode der Geschichtswissenschaft. Der Vergleich u.a. zwischen verschiedenen Staaten und Staatsformen kann Impulse für die weitere Forschung geben und zu neuen Einsichten führen. Das ist beim vorliegenden Buch allerdings nicht der Fall. Es bleibt die Frage, was der Autor mit seiner impliziten US-Kritik beabsichtigt. Auffällig ist, dass der Eingriff ins liberale Wirtschaftssystem als Kardinalproblem angesehen wird, wenn z.B. „die Wirtschafts- und Sozialplanung“ Roosevelts als „ein trojanisches Pferd“ beschrieben wird, das „in die liberale Bastion“ eingedrungen sei. Staatliche Regulierungsmaßnahmen werden indirekt angegriffen und als dem Faschismus entfernt verwandt denunziert. Insofern greift Schivelbusch auch in aktuelle Debatten ein.

F ■

Wolfgang Schivelbusch, Entfernte Verwandtschaft. Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933-1939, Carl Hanser Vlg.., München/Wien 2005, 223 S., 21,50 Euro.

Film: Isolation als System. „Forst“ – ein Film über Ausgrenzung und Selbstorganisation

„Die Leute waren wirklich wütend, sie kamen mit roten Augen aus dem Film“, erzählt Osaren Igbinoba: „Viele konnten sich eine solche Situation nicht vorstellen. Sie waren schockiert.“ Igbinoba, der als nigerianischer Flüchtling in Jena lebt, engagiert sich in den Netzwerken „Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen“ und „Plataforma“. Er gehört zu den Gründern der Flüchtlingsinitiative „The Voice“ in Jena, die seit über zehn Jahren aktiv gegen Repressionen ankämpft – mit Aktionen und Informationsveranstaltungen für unbeschränkte Bewegungsfreiheit, gegen die so genannte Residenzpflicht und gegen das System der Abschiebung. Nach der erneuten Verschärfung der Lage für Flüchtlinge in der Bundesrepublik und Enttäuschungen in der Zusammenarbeit mit deutschen antirassistischen Gruppen drängen in der Arbeit der Aktivisten seit einiger Zeit Debatten über die Möglichkeiten der Selbstorganisation und Vernetzung und die Notwendigkeit neuer Aktions- und Öffentlichkeitsformen in den Vordergrund.

Eine Station dieser Reflexion stellt die im Mai 2005 unter dem Titel „Menschen unter Landkreisarrest“ veranstaltete Filmtour durch mehrere thüringische Städte dar. Gezeigt wurde „Forst“ von Ascan Breuer, Ursula Hansbauer und Wolfgang Konrad, ein bedrückendes Filmexperiment, das in so abstrakten wie düsteren Schwarzweißbildern und Klängen die forcierte Isolation und Ausgrenzung von Flüchtlingen in Deutschland zeigt, ohne sich auf die geläufigen dokumentarischen Inszenierungen von Authentizität zu verlassen. Stattdessen sieht man langsame Fahrten, dunkle Nahaufnahmen von Stämmen und Wurzeln, finstere Gänge. Dazu aus dem Off eine O-Ton-Montage von Berichten über die Wirkung eines Systems, das dazu angelegt ist, Menschen auf Essen und Trinken zu reduzieren, auf Schlaf und die Erwartung der Abschiebung, eines Systems, das die Stagnation zum Normalzustand werden lässt.

Nach und nach lösen sich aus den Schatten Gestalten, schemenhaft noch bringen sie sich zur Geltung. Sie kommen näher, schlagen „Karawane“-Plakate an die Bäume, besprechen sich gebeugt über eine Landkarte: Erste Schritte der Selbstorganisation. Erfolgreiche Selbstorganisation, berichtet der Film in einer exemplarisch verdichteten Erzählung, kann es immerhin möglich machen, sich einer drohenden

Abschiebung durch Flucht in den Untergrund zu entziehen.

Das ist auch Osaren Igbinobas Geschichte: Monatelang musste er sich verstecken, inzwischen hat er – nach drei drohenden Abschiebungen – endlich politisches Asyl erhalten. Doch die Darstellung der gelungenen Flucht kontrastiert mit den Bildern der Isolation, schließlich mit der Darstellung brutaler Vorbereitungen für die Abschiebung oder Verlagerung einer ganzen Gruppe von Flüchtlingen am Ende des Films.

Die Autoren sehen ihren Film in der Tradition dessen, was Bill Nichols als „performativen Dokumentarfilm" bezeichnet hat. Diese „verkörpern ein Paradox", schreibt der amerikanische Filmwissenschaftler in seinem vielbeachteten Aufsatz „Performing Documentary": „Sie erzeugen ein klares Spannungsfeld zwischen szenischer Darstellung und Dokument, zwischen dem Persönlichen und dem Typischen, dem Körperhaften und dem Körperlosen, kurz gesagt, zwischen Geschichte und Wissenschaft. Das eine ist poetisch und evozierend, das andere dient als Beweis und betont die Referenz."

Schon der Titel des Films zeugt von dieser paradoxen Ästhetik: „Forst" ist zugleich der Name eines, inzwischen geschlossenen, berüchtigten Erstaufnahmelagers im Wald am Stadtrand Jenas, abseits, abgeschnitten vom öffentlichen Nahverkehr, und Metapher für die Strategien der Ausgrenzung.

Der Titel benennt die Grenzen, hinter denen Menschen in der deutschen Gesellschaft unsichtbar werden, und die Arglosigkeit oder Gleichgültigkeit derer, die von all dem nichts ahnen oder ahnen wollen.

Der Film stellt das System der Isolation jedoch nicht einfach als Lebensrealität einer kleinen Gruppe dar, er appelliert nicht an das Mitleid oder den Reformwillen der Verantwortlichen. „Diese Filme beziehen sich auf uns", schreibt Nichols. Und dies nicht im Sinne eines unverbindlichen Existenzialismus, sondern als politische Frage: Wollen wir wirklich in einer Gesellschaft leben, die solche Dinge mit Menschen anstellt? Die Flüchtlinge erscheinen dabei nirgends als sprechende Gesichter, die Empathie erbeten – im Gegenteil, der Blick des Films geht, wie Ascan Breuer es nennt, „in präventive Abwehrstellung gegen die mögliche repressive oder vereinnahmende, auf jeden Fall ‚verstehende' Attitüde" der Zuschauer. Er vermittelt nicht, sondern konfrontiert. Wütend werden muss der Betrachter schon selbst.

„Der Film zeigt die Isolation so deutlich, dass manche Leute nicht in der Lage sind, es auszuhalten. Sie weigern sich, zu akzeptieren, dass dieses Problem tatsächlich existiert", erklärt Osaren Igbinoba. „Ich glaube, ‚Forst' ist eine der wichtigsten Referenzen für die Analyse der Situation und des Kampfes der Flüchtlinge. Viele Aktivisten haben gesagt: Er ist zu abstrakt. Sie können nichts damit anfangen. Aber wenn man sich hinsetzt und über den Film nachdenkt, fallen einem so viele Dinge ein. Je öfter man ihn sieht, desto mehr verschiedene Schlüsse zieht man. Es ist ein besonderer Film. Ein Film, der uns in der letzten Zeit viel Motivation gegeben hat. Eine Kritik lautete, dass der Film einem nicht die Kraft gibt, die Situation zu verändern. Er hinterlässt einen deprimiert. Aber wenn es so ist, dann ist das nicht die Schuld des Films."

Jan-Frederik Bandel
Der Autor ist Literaturwissenschaftler und Publizist
http://www.iz3w.org/iz3w/Rezensionen/288bandel.html

Ascan Breuer, Ursula Hansbauer, Wolfgang Konrad: Forst. Österreich/ Deutschland 2005, 50 min. (Verleih: sixpackfilm). Mehr dazu unter: www.forstfilm.com und www.thevoiceforum.org

THE_VOICE_BERLIN@gmx.de ■

:ostritt

Die FAZ meldet als erste den Erfolg. „Kroatien will den Deutschen, die aus dem kommunistischen Jugoslawien nach Österreich geflüchtet sind, ihr Eigentum zurückerstatten", berichtet die Zeitung am 14. Oktober. Seit drei Jahren verhandeln die Regierungen in Zagreb und Wien über die Rückerstattung von Eigentum, das bei der Umsiedlung der Deutschen in Folge des Zweiten Weltkriegs konfisziert bzw. verstaatlicht worden ist. Der endgültige Vertragstext liegt noch nicht vor, das zentrale Ergebnis gilt inzwischen jedoch als sicher: Die Rückerstattungen werden kommen, die ost- und südosteuropäische Verteidigungsfront gegen die Ansprüche der Umgesiedelten hat die erste Bresche.

Bereits im Mai hat der Vorsitzende der Donauschwäbischen Arbeitsgemeinschaft in Österreich, Rudolf Reimann, begonnen, die zukünftig Anspruchsberechtigten auf das Eintreiben ihres ehemaligen Eigentums vorzubereiten. Damals appellierte er an alle österreichischen „Donauschwaben", die von heute kroatischem Territorium umgesiedelt worden waren, „jetzt schon alle notwendigen Unterlagen und Dokumente zusammenzustellen".

Sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes können dann die vorbereiteten Rückerstattungsanträge eingereicht werden. Und damit auch wirklich nichts verloren geht, was irgendwie an die Umgesiedelten übertragen werden kann, hat das österreichische Außenministerium in den Verhandlungen Umsicht walten lassen: Die Ansprüche gehen mit dem Tod ihrer unmittelbaren Inhaber nicht verloren, sondern werden auf die Nachkommen übertragen.

Verlockende Aussichten also für die österreichischen Umgesiedelten, und auch
die italienischen Umgesiedelten können sich Hoffnungen machen: „Italien bemüht sich ebenfalls um eine Regelung der noch offenen eigentumsrechtlichen Fragen", berichtet die FAZ. Und stänkert nebenbei gegen die Praxis des deutschen Staates, der „Restitutionsforderungen von deutschen Vertriebenen grundsätzlich nicht unterstützt". Dies hat Bundeskanzler Schröder zuletzt im August 2004 in der polnischen Hauptstadt bekräftigt.

Welche Schlüsse die deutschen Apparate aus den österreichischen Verhandlungserfolgen ziehen, wird man abwarten müssen.

jk ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Schönhuber will es zünftig

Nation & Europa Oktober 2005

„Jeder hat gewonnen – nur Deutschland nicht“ titelt die Redaktion von „Nation & Europa“ auf dem Umschlag ihres Oktoberheftes. Illustriert wird diese Einschätzung des Bundestagswahlergebnisses mit den Bildern der Spitzenkandidat(inn)en der fünf im neugewählten Parlament vertretenen Parteien, von denen, mit Ausnahme Joschka Fischers, ein jeder zufriedener aussieht als die anderen. Wer im Heftinneren aber Resignation erwartet, hat sich getäuscht.

HARALD NEUBAUER überschreibt sein Editorial sogar mit den Worten „Kein Grund zur Resignation“ – vielleicht auch, um die Stimmung seiner Leser(innen) aufzuhellen. Aber er sieht auch real Grund für seine Haltung: „Die deutsche Rechte hat nach diesen Bundestagswahlen keinen Grund zum Jubel, muß sich aber auch nicht wie ein geprügelter Hund verstecken. NPD und REP brachten es trotz Ausgrenzung, Hetze und den Schwierigkeiten einer zugespitzten Personenwahl zusammen auf über eine Million Zweitstimmen, wobei sich die Nationaldemokraten ... gegenüber der letzten Bundestagswahl vervierfacht haben“. Zum Glück haben sich nicht die NPD-Mitglieder vervierfacht sondern „nur“ die Zahl ihrer Wähler(innen)stimmen, aber auch das ist bereits schlimm genug und unterstreicht die Warnungen antifaschistischer Kreise.

Aber Neubauer bewertet nicht nur das Ergebnis, er macht auch Vorschläge zur weiteren Taktik und Strategie: „Es bedarf nun einer weiteren Kräftekonzentration. Denn obwohl die Nationaldemokraten von DVU und parteilosen Patrioten unterstützt wurden, fehlte es an personeller, organisatorischer und propagandistischer Flächendeckung. Mit insgesamt vielleicht 1000 Aktivisten läßt sich die Republik beim besten Willen nicht aufrollen“. Soweit zur Taktik. Die strategische Orientierung auf die Rechten als Protestpartei wird dagegen nur angedeutet: „Auf die Medien kann man bekanntlich nicht hoffen. Sie haben mit sympathisierendem Kalkül die Linkspartei in den Vordergrund gerückt, um dem Sozialprotest diesmal auf der ‚richtigen‘ Seite ein Ventil anzubieten. Je mehr die Gysis und Biskys auf Bundesebene hofiert werden, desto weniger nimmt sie der Wähler als Knüppel gegen die Etablierten wahr. Darin liegt ein gutes Stück Zukunft für patriotische Opposition“. Vermutlich hat der N&E-Herausgeber mit seiner Prognose Recht. Antifaschist(inn)en sollten also dafür eintreten, dass die Linkspartei auch weiterhin als konsequente Oppositionskraft agiert.

FRANZ SCHÖNHUBER, der große alte Mann der Neofaschisten, wird tatsächlich alt und das ist seinen Kolumnen deutlich anzumerken. Damit ist nicht seine Bewunderung für den Nazifaschismus gemeint, die geradezu euphorisch wirkt: „Im Gegensatz zu den meisten Politikern der Weimarer Republik, die das Volk mit leeren Versprechungen enttäuscht hatten, hielten die Nationalsozialisten zunächst Wort. Nach ihrer Machtübernahme wurden Massenarbeitslosigkeit und soziale Not innerhalb weniger Jahre überwunden“. Erst die spätere Entwicklung hält der ehemalige Republikaner-Chef für problematisch: „Um so fataler war es später, daß rassistische und chauvinistische Entwicklungen eskalierten und alles wieder zunichte machten, was so hoffnungsvoll begonnen hatte“. Die Eskalation war es also: Nürnberger Gesetze – hoffnungsvoll, Auschwitz – fatal. Oder: Überfall auf Polen, Belgien, die Niederlande, Frankreich, Dänemark, Norwegen, den Balkan – hoffnungsvoll, der Überfall auf die Sowjetunion – fatal. Fatal ist für Schönhuber und seine Anhänger(innen) an den Nazis nur, dass sie besiegt wurden.

Was aber soll man von diesen Ideen halten: „Der erste Reformansatz müßte darin bestehen, die Masse wieder zu strukturieren, ihr Gestalt zu geben und sie aus der anonymen Gleichgültigkeit herauszuholen. Warum erinnern wir uns nicht – abseits jedes Dünkels – der Stände und Zünfte? Dem immer stärker werdenden Pessimismus in unserer Gesellschaft ließe sich gruppendynamisch entgegenwirken. Nicht umsonst bezeichnet das Attribut ‚zünftig‘ eine fröhliche und lebensbejahende Einstellung bei Veranstaltungen und Zusammenkünften. Wer seinen Stand, seine Zunft liebt, liebt die damit verbundenen Traditionen, liebt auch sein Land und findet Halt in den Fluten der Globalisierung. Er ist auch weniger anfällig für marxistische Gleichmacherei“. Schönhuber beruft sich dabei auf die Ständestaatsidee des Österreichers Othmar Franz Spann, eines Theoretikers, der in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in den Umkreis der Jungkonservativen gehörte, die ideologische Steigbügelhalter der Nazis waren.

Mit Demokratie, mit Menschenrechten für alle hat die Ständestaatsidee nicht nur nichts zu tun, sie ist ihnen diametral entgegengesetzt. Und zum Thema „Zunft“ wird im Grimmschen Wörterbuch der Philosoph Herder zitiert, der vor über 200 Jahren dazu bemerkte: „Nur unter den Deutschen ... hat dieser Zunftkram so lange dauern ... können: denn der deutschen Art nach wird alles gern langweilig und zünftig“. Und diese Idee, die Herder schon damals als völlig reaktionär charakterisierte, will Schönhuber den N&E-Leser(inne)n im Jahr 2005 andienen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

„2000 Euro für die Antifa-Nachrichten bis Jahresende“

Mit dem letzten Heft verschickten wir den diesjährigen Spendenaufruf. Erste Spenden sind auch bereits eingetroffen, bisher

130,- Euro.

Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto:
GNN-Verlag
Kto.Nr. 10419507
Postbank Köln
BLZ 370 100 50